



NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

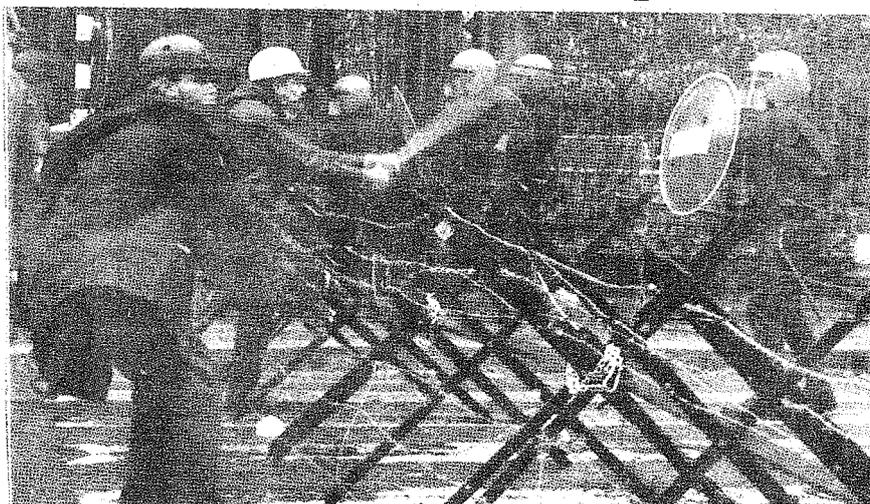
MINUS 40 NUMMER (17/91) 26. NOVEMBER 1991 PREIS: öS 10,—

EUROAKTION gegen VERKEHR



Blockadeaktion auf dem Stubenring, mehr darüber und über die europäischen und österreichischen Straßenbaulobbies im Inneren des Hefts

ArbeiterInnen kämpfen



Belgische MinenarbeiterInnen gegen den Verlust Ihrer Arbeitsplätze (Foto), Japanische TagelöhnerInnen gegen ihr Elend, NäherInnen in Texas und ÖsterreicherInnen...

Wehret den Anfängen...

Diese Parole ist eigentlich nicht mehr aktuell, denn die Anfänge sind längst vorbei. In Österreich wird die Gefahr leicht unterschätzt. "Deutsche Verhältnisse haben hiezulande keine Chance" wird betont, Grabschändungen auf jüdischen Friedhöfen als "Lausbubstreich" abgetan, Ausländerfeindlichkeit als traurige Tatsache dargestellt, und Überfälle von Hooligans und Skinheads werden als unpolitischer Akt unbefriedigter Jugendlicher hingestellt. Wir versuchen die Allgegenwart des Themas zu aufzuzeigen, und was dahintersteckt. Rechtsextremismus einer Veranstaltung im Audimax der Uni, FaschistInnenaufmarsch in Linz, FPÖ-KandidatInnen aus dem rechtsextremen Lager, Antifaschistische Aktionen in Göttingen/BRD sind Themen dieser Ausgabe.

INHALT

<i>Europaweiter Verkehrsaktionstag</i>	<i>Seite 3</i>
<i>Straßenbaulobbies in Europa und Österreich</i>	4
<i>ArbeiterInnenkämpfe:</i>	
<i>NäherInnen in Texas, Österreich</i>	5
<i>Japan: Aufstand der TagelöhnerInnen</i>	6
<i>Belgien</i>	7
<i>Japan: Widerstand gegen Flughafenausbau</i>	8
<i>Faschismus - Antifaschismus:</i>	
<i>Aufmarsch in Linz</i>	9
<i>Ochsenberger-Prozeß, Kurznachrichten</i>	10
<i>FPÖ-Mandatare rechts von extrem</i>	11
<i>Neues aus Göttingen</i>	12
<i>Faschistoide Veranstaltung an der Uni</i>	13
<i>Diverse Nachrichten in Kürze:</i>	
<i>Brasilien, Mieterhöhung,</i>	
<i>Radio-PiratInnen, Strafvollzug,</i>	
<i>Ca-Konten, EWR-Volkbegehren</i>	16
<i>Managua in Flammen</i>	17
<i>499 Unterdrückung (Teil 2)</i>	17
<i>Termine</i>	18
<i>betrifft: TATblatt</i>	19
<i>Impressum</i>	20

Hausdurchsuchung in der Schottenfeldgasse

Mit der Zeit wird die STAPO Stammgast in der Bürogemeinschaft Schottenfeldgasse. Nur 5 Tage nach dem Jahrestag der vorletzten Hausdurchsuchung standen sie am 13. November wieder vor der Tür: 1 Richter, 1 Schreiber, 5 Polizisten und 2 Gerichtspraktikanten als Zeugen. Ach, war das ein freudiges Wiedersehen an diesem kalten Herbsttag.

(akin)

Was suchte mensch denn diesmal? Nun es handelte sich im gegenständlichen Fall um die Strafsache gegen "unbekannte Täter (UnterzeichnerInnen des Aufrufs in der AZ)". Dabei geht es um jenen Aufruf zur Nichtbefolgung von Militärgesetzen, welcher ja einer Selbstanzeige gleichkam. Mehr als 200 Menschen unterzeichneten damals diesen Aufruf, um mit dieser bewußten Übertretung des 281 tGB (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze) gegen die Existenz eines österreichischen Heeres zu protestieren.

Jetzt wollen es Richter Rainer Engelberger und die Mitarbeiter des "Büros für Staatschutz" ("Staatspolizeiliches Büro" hieß das früher einmal) ganz genau wissen. Zum Ersten suchten sie in de Räumlichkeiten der ARGE Wehrdienstverweigerung und des Vereins Internationaler Zivildienst die Original-Liste der UnterzeichnerInnen jenes bösen Appells, weil sie sich davon eine eindeutige Identifizierung durch die dazugehörigen Adressen versprachen.

Zum zweiten war mensch bemüht, "Vorstandssitzungsprotokolle über abgehaltene Hauptversammlungen, aus denen Rückschlüsse auf die an der Willensbildung zur Unterschriftensammlung und Einschaltung des Aufrufes Beteiligten wersichtlich ist, aus denen sich Hinweise auf den (die) Auftraggeber im Falle der Inserateinschaltung in der AZ, TATblatt und AKIN ergeben.

Mit dieser sprachlich einwandfreien Begründung ging mensch ans Werk. Nach gründlicher, anderthalbstündlicher Inspektion sah mensch sich jedoch gezwungen, eine Niederschrift anzufertigen. Und in der ist nunmehr zu lesen: "Es wurde nicht bedenkliches gefunden." Nicht sehr verrichteter Dinge rauschte mensch wieder ab.

Bis zum nächsten mal.....

TATblatt sucht Handverkäufer (näheres auf der letzten Seite)



Das Foto stammt aus einer Publikation von POONAL.

Nach 500 Jahren Informations-Einbahnstraße: ein neuer Ansatz.

POONAL ist ein Zusammenschluß von kleinen Lateinamerikanischen Nachrichtenagenturen.

POONAL läßt die zu Wort kommen, die selten gehört werden.

Schwerpunkte sind Berichte und Nachrichten über Menschenrechtsgruppen oder Gewerkschaften, über Volksbewegungen oder den Friedensprozeß in Mittelamerika.

POONAL kann abonniert werden bei: Nachrichtenpool Lateinamerika c/o FDCL

Gneisenaustr. 2
D- 1000 Berlin 61

15. November

Europaweiter Verkehrsaktionstag

(V.I.R.U.S. [=Vereinigung Internationalistischer Revolutionärer UmweltschützerInnen])

Am 15. (und 16.) November 1991 fanden in ganz Europa (in mindestens 14 Ländern!) Aktionen gegen die Zerschneidung Europas mit Autobahnen statt. In Wien gab es dazu am 15. eine nicht angemeldete Blockadeaktion auf dem Stubenring vor dem Wirtschaftsministerium.

An die AutofahrerInnen und PassantInnen wurden Stauzeitungen verteilt und es wurde der Kontrast zwischen dem "Alptraum Auto" einerseits und dem "Lebensraum Straße" andererseits dargestellt. Auf der einen Seite gab es Kaffee, Kuchen und Informationsmaterial, auf der anderen Seite saßen Leute mit Lenkrädern auf der Straße [ebenfalls dargestellt von beherzten VIRUS-AktivistInnen mit Pappendeckellenkrädern; Anm TATblatt]. Jeder verbrauchte soviel Platz wie ein ganzes Auto. So konnten wir den Wahnsinn darstellen, der sich täglich auf unseren Straßen abspielt.

Die Polizei, die interessanterweise nur sehr zaghaft eindrudelte, war total perplex, als ihr Kaffee und Kuchen angeboten wurde, denn diese Aktion war ein richtiger Kulturschock für sie. Erst nach 55 Minuten kam die "letzte Abmahnung" [also die letzte Aufforderung, die Straße zu räumen; Tb]. Danach beendeten wir die Aktion freiwillig, "gingen auseinander" und "lösten uns auf". Danach fanden wir uns (völlig aufgelöst?) wieder zusammen und feierten die Aktion ausgiebig.

Am Nachmittag desselben Tages fand die traditionelle Fahrraddemo (Anm: jeden Freitag, 16 Uhr, Treffpunkt Rathausplatz) statt, zu der etwas mehr Leute kamen als sonst und wo wir diesmal alle Fahrspuren der 2er-Linie [für alle Nichtortskundige: eine vier- bis sechspurige Monsterstraße und Hauptverkehrsader, die skurilerweise nach einer Straßenbahnlinie benannt ist, die früher einmal dort verkehrt hat; Tb], der Paulanergasse und der Favoritenstraße einnahmen. Danach ging es über den Landstraßer Gürtel bis zur Autobahnauffahrt, wo wir leider nach links abbiegen mußten, weil wir etwas zu wenig Leute waren und die Polizei uns nachfuhr. [Eine Mercedes-Fahrerin, die unbedingt mit ihrer Hupe nerven mußte, wurde von RadlerInnen angehalten, woraufhin sie wutentbrannt ausstieg und in einen Schreikampf verfiel. Dabei muß irgendwie der Zündschlüssel des Autos verlorengegangen sein. Obgleich er sich nach

etwa 10 Minuten am Gehsteig wiederfand, wurde der nächstbeste herumstehende Aktivist wegen Nötigung und Sachentzug angezeit....; Tb]

2.) Flächendeckender Ausbau der Eisenbahn und des öffentlichen Verkehrs!
3.) Volksabstimmung über EWR- und EG-Beitritt!

[wieweit die Gemeinsamkeit dieser Forde-



AM TAG DANACH

Am 16. November gab es dann eine umfangreiche Aktion gegen die B301, die eine Verbindung von der Süd- zur Ostautobahn werden soll, [oder besser nicht werden soll; Tb]. Insgesamt 1000 Leute [größtenteils AnrainerInnen] blockierten eine Stunde (legal) 12 Straßen und Kreuzungen in Liesing, Favoriten, Schwechat, Himberg, Pelindorf, Leopoldsdorf, Hennersdorf, Biedermannsdorf, Maria Lanzendorf, Zwölfaxing, Guntramsdorf und Achau.

UNSERE HAUPTFORDERUNGEN

1.) Stopp dem Ausbau des internationalen Transitstraßennetzes und dem Lückenschluß in Österreich — KEINEN METER MEHR!!!

rungen auch auf den 16. November zutrifft ist mir da nicht ganz klar; Anm des Tipplers]

Insgesamt waren alle drei Aktionen sehr gut, es gab keine Festnahmen, "nur" eine Anzeige bei der Radldemo. Alle drei Aktionen lösten umfangreiche Stauungen aus, was der Hauptgrund für die meisten Massenmedien war, darüber zu berichten.

Europaweit gab es Aktionen in Schweden, Norwegen, Dänemark, Deutschland, Polen, Finnland, Estland, CSFR, Ungarn, Rumänien, Spanien, Euskadi (Baskenland) und vielleicht auch sonst wo; an insgesamt mindestens 40 Orten [Aufgrund der traditionellen schlechten Infostruktur haben wir darüber freilich noch keine Informationen; Tb].•

EYFA

(aus der Pressemappe zum Verkehrsaktionstag)

Der Aufruf zum Internationalen Verkehrsaktionstag, der heute schon zum zweiten Mal stattfand) kam von der Internationalen Umweltschutzorganisation EYFA ("European Youth Forest Action"). Die EYFA wurde 1985 gegründet, um eine europaweite Vernetzung vieler Umweltschutzgruppen und einen internationalen Informationsaus-

tausch zu ermöglichen und zu verbessern. 1986 wurde das erste Grundpapier der EYFA erstellt, welches 1989 überarbeitet wurde. Diese "Plattform" unterstützen bereits mehr als 300 Gruppen aus ganz Europa.

1989 wurde die EYFA-Verkehrsgruppe gegründet, um den Kampf gegen die Autolobby effizienter zu machen. Am 15. 11. 1990 fand zum ersten Mal ein europaweiter Verkehrsaktionstag statt, an dem darauf hingewiesen wurde, daß der Güterverkehr nicht nur auf die Bahn ver-

lagert, sondern auch durch Dezentralisierung der Wirtschaft reduziert werden muß. (Das TATblatt berichtete freilich auch damals leif von den Schauplätzen der Blockadeaktionen.)

Kontakt:
•EYFA-Osterreich
Währingerstraße 59
1090 Wien
Telefon (0222) 402 69 55
Fax: (0222) 403 27 37
•V.I.R.U.S.
ebendorf
•A4-GegnerInnen
ebendorf
•viele andere
ebendorf

Straßenbaulobbies in Europa und Österreich

(aus der Pressemappe zum Verkehrskaktionstag)

I.R.F. und E.R.T.

Die I.R.F. ("International Road Federation") will in den nächsten 20 Jahren mindestens 20 000km neue Autobahnen in Europa gebaut haben. Die europäische Abteilung der I.R.F. bildet der E.R.T. ("European Round Table" of industrialists), frei übersetzt: Europäische Industrie-lobby. Diese will alle im europäischen Autobahnssystem noch fehlenden Lücken ("missing links") möglichst schnell fertigstellen.

DIE ÖGS

In Österreich besteht diese Lobby vor allem aus der "Österreichischen Gesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen" (ÖGS). Die ÖGS besteht nicht nur aus Vertretern der Bau-, Mineralöl- und Autoindustrie, sondern auch aus Vertretern von Staatsbanken, ÖAMTC, diversen Landesregierungen und vom Wirtschaftsministerium. Es gibt sogar Verbindungen zum Kuratorium für Verkehrssicherheit!

DER AGR-VERTRAG

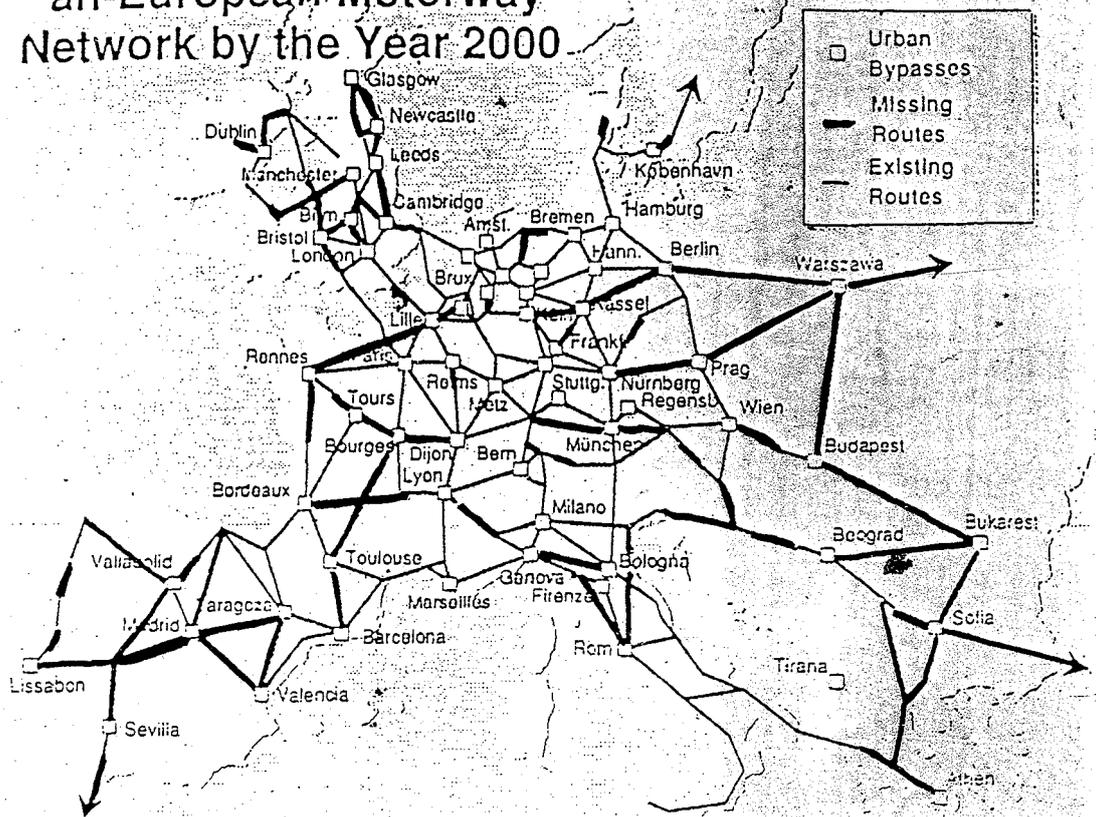
1975 wurde der "AGR"-Vertrag (das ist das "Europäische Übereinkommen über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs") von der UNO-Wirtschaftskommission für Europa ins Leben gerufen. Dieser Vertrag regelt bis ins Detail die Zerschneidung Europas mit einem Transitstraßennetz (mit den sogenannten "Europastraßen"). Österreich unterzeichnete den AGR am 29. 12. 1976, hat ihn aber bis jetzt noch nicht ratifiziert. Wirtschaftsminister Schüssel wollte im Sommer 1991 die Ratifizierung erreichen, was Verkehrsminister Streicher jedoch ablehnte.

Laut Artikel 11 des Vertrages kann "jede Vertragspartei (kann) dieses Abkommen mit einer Nachricht an den UNO-Generalsekretär aufkündigen..."

DER TRANSITVERTRAG

Auch der kürzlich zustandegewordene Transitvertrag trägt nicht zur Reduktion des Verkehrs bei. Im Gegenteil: Laut einer Studie, die vom Tiroler Landtag in Auftrag gegeben wurde,

an-European Motorway Network by the Year 2000



bewirkten die strengeren Abgasnormen, die bald eingeführt werden sollten, mit dem Transitvertrag nur eine um 4% stärkere NO_x-Reduktion als die strengeren Abgasnormen ohne Transitvertrag.

Durch die medienwirksame Bezeichnung "Ökopunktemodell" soll die Bevölkerung jedoch beruhigt werden, damit einerseits noch mehr LKW durch Österreich rollen können und die Europäischen Gemeinschaften zufriedengestellt sind, andererseits BM Schüssel das hochrangige Europastraßennetz mit außerbudgetären Milliarden verdichten kann (zB E66).

Im Falle eines EG-Beitritts Österreichs wird spätestens nach Ablauf des Vertrages (12 Jahre) — wahrscheinlich jedoch sofort — wenn der Vertrag beim Europäischen Gerichtshof angefochten wird, der Transit ungehindert durch Österreich rollen. Durch einen hastigen EWR-Beitritt möchte die Österreichische Bundesregierung jetzt vollendete Tatsachen schaffen und so schrittweise den EG-Anschluß vollziehen.

List of ERT Members

Wisse Dekker
Karlheinz Kasko
Jérôme Monod

Giovanni Agnelli
Ambroise Roux

Torvild Aakvaag
Umberto Agnelli
Americo Amorim
Jean-Louis Beffa
Yves Böel
Vincent Bolloré
Nigel Bröckes
Bertrand Collomb
François Cornélis
Etienne Davignon
Carlo De Benedetti
Raul Gardini
Fritz Gerber
Alain Gomez
Klaus Götte
Pehr Gyllenhammar
Wolfgang Hilger
Robert Horton
Daniel Janssen
André Leysen
Luis Magaña
Floris Majers
Helmut Maucher
Mærsk Mc-Kinney Møller
Hans Merkle
Theodore Papalexopoulos
Antony Pilkington
Edzard Reuter
Antoine Riboud
Tony Ryan
Stephan Schmidheiny
Robert Scholey
Hugo Sekyra
Patrick Sheehy
Dieter Spethmann
Poul Svanholm
Serge Tchuruk
Jan Timmer
Lo Van Wachem
Cándido Velázquez

Philips
Siemens
Lyonnaise des Eaux-Dumez

Norsk Hydro
Fiat
Amorim Group
Saint-Gobain
Sofina
Groupe Bolloré Technologies
Trafalgar House
Lafarge Coppée
Petrofina
Société Générale de Belgique
Olivetti
Ferruzzi
Hoffmann-La Roche
Thomson
MAN
Volvo
Hoechst
British Petroleum
Solvay
Gevaert
CEPSA
Unilever
Nestlé
A.P. Møller
Robert Bosch
Titan Cement
Pilkington
Daimler-Benz
BSN
GPA
Anova
British Steel
Austrian Industries
B.A.T Industries
Thyssen
Carlsberg
Total
Philips
Royal Dutch Shell
Telefónica

17.000 Näherinnen streiken bei EL Paso, Texas

(ides/leicht gekürzt)

Zum ersten Mal in 20 ist El Paso Schauplatz eines Streikes von Näherinnen. In El Paso gibt es 80 Teilfertigungsstätten, in denen 17.000 beschäftigt sind. 90% von ihnen sind ImmigrantInnen, und 85% sind Frauen. Die meisten stehen unter dem neuen Amnestiegesetz, durch das sie von allen Sozialleistungen wie Essensmarken, Zuschüsse bei Mieten und Arztkosten ausgeschlossen sind. Dies ist angesichts ihres Lohnes besonders schlimm, der gerade mal bei 4,25 US-Dollar liegt. Im Monat bedeutet das 115 US-Dollar, ein trügerisches Panorama, wenn mensch davon ausgeht, daß im "Land der Freiheit" 15.000 US-Dollar jährlich benötigt werden, um auf "institutionellem Armutsniveau" zu leben. Die Frauen sind zwischen 17 und 75 Jahre alt, ledige Mütter mit 3 bis 6 Kindern in der Mehrheit. Am 1. Mai begann daraufhin ein Streik in vier Fabriken und für 24 Tage gingen die Besetzerinnen der Fabriken in einen Hungerstreik. Besonders schwierig dabei war, daß es in El Paso keinerlei gewerkschaftliche Organisation gibt. Um den kollektiven Arbeitsvertrag zu verhandeln, wurde die internationale Union der Näherinnen IGLWU angerufen, die paradoxerweise seit ihrer Gründung von Männern geleitet wird. Dementsprechend war ein Erfolg kaum zu erringen, da die Männer eine feste Vorstellung von Kollektivverträgen haben, die die besondere Situation von ImmigrantInnen nicht einbezieht.

Die Streikenden sind weniger geworden: heute sind es nur noch 50. Die anderen kehrten zur Arbeit zurück, da der ökonomische Druck zu stark wurde. Doch wenigstens wurde ein Unternehmen verurteilt, weil es die Arbeitsgesetze verletzt hatte und Löhne zurückbehalten hatte. Trotzdem wurde die Fabrik nicht geschlossen.

Die Erfolge der Organisation liegen in der Kontinuität der Arbeit. Schon die Aufklärung über die Situation der Frauen ist

wichtig. Und es wurde geschafft, die Fabriken zur Zahlung der Löhne zu verpflichten. Auch sind die Näherinnen durch den Streik in die öffentliche Diskussion geraten und

wurden sogar nach Kanada eingeladen, um über das geplante "Freihandelsabkommen" zu diskutieren.

Die Plattform der steirischen Sozialinitiativen bereitet gemeinsam mit anderen Bundesländerinitiativen einen dreitägigen Warnstreik und Aktionstage am 10., 11., und 12. Dezember vor, um auf die unhaltbare Sozialpolitik der großen Koalition aufmerksam zu machen.

10./11./12. Dezember

Streik und Aktionstage der steirischen Sozialinitiativen

Auf zur Ausgrenzung der Mehrheit

(aus einer Erklärung der Steirischen Plattform der Sozialinitiativen)

Die österreichische Bundesregierung hat in den letzten Wochen einschneidende Änderungen für den Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beschlossen. Mit dem Argument der Budgetkonsolidierung wurden die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik von 4,8 auf 4,2 Milliarden Schilling gekürzt. War die Steiermark unter den letzten Sozialministern, vor allem unter Alfred Dallinger † noch besonders stützenswert und war man stolz auf soziale Maßnahmen, mit denen man in den besonders strukturschwachen Krisenregionen der Steiermark eingriff, so bricht Sozialminister Hesoun mit dieser Tradition. Das Arbeitsmarktverwaltungsbudget wurde empfindlich gekürzt.

Die Folgen sind massiv: Förderungen, Kurse, Schulungen, Weiter- bzw Ausbildung, Aktion 8000 und in weiterer Folge

auch Beratungseinrichtungen werden sukzessive finanziell ausgehungert und totgepart, eine ordentliche Beratung und Betreuung ist nicht mehr gewährleistet.

Durch diese sogenannte Budgetkonsolidierung, ausgetragen auf dem Rücken der Menschen ohne Lobby, wird die 2/3 Gesellschaft manifestiert und politisch völlig teilnahmslos akzeptiert.

Konsequent wird am Entsolidarisierungsprozeß in der österreichischen Bevölkerung weitergearbeitet, plötzlich sind es nicht die Wohnbauprobleme, die zur Lösung anstehen, sondern es sind die AusländerInnen, die das Problem sind. Auch am Arbeitsmarkt entdeckt mensch eine ähnliche Entwicklung. Es gilt klar und deutlich festzustellen, daß sozial schlechter gestellte Gruppen und sogenannte Randgruppen von den Politikern aufeinander gehetzt werden.

Unter diesen Bedingungen ist sozialpolitisch innovative Projektarbeit nicht mehr möglich, die verheerenden Auswirkungen können auch individuell gar nicht mehr gelöst werden. Die Sozial-, Kultur- und Beschäftigungsinitiativen treten nunmehr gemeinsam gegen diese Politik und diese Einsparungsmaßnahmen auf und werden gemeinsam mit ihren KlientInnen zu einer eigenen Lobby zusammenfinden.

Die Plattform der steirischen Sozialinitiativen bereitet gemeinsam mit anderen Bundesländerinitiativen einen dreitägigen Warnstreik und Aktionstage am 10., 11., und 12. Dezember vor um auf die unhaltbare Sozialpolitik der großen Koalition aufmerksam zu machen. Das Komitee zur Vorbereitung der Streik- und Aktionstage trifft sich jeden Montag um 14 Uhr im Jugendzentrum Insel; Leuzenhofgasse 4; 8020 Graz; Telefon 91 89 30.

Österreich

"SchwarzarbeiterInnen" in Schubhaft

(Autonome ArbeiterInnensympathisantInnen)

In einer Welser Gärtnerei wurden, bei einer Kontrolle 11 Schwarzarbeiter verhaftet die dort nur für Essen und Unterkunft arbeiteten. Der Gärtnereibesitzer hatte ihnen auch alle wichtigen Papiere abgenommen, darunter auch Reisepässe und Führerscheine. 7 Schwarzarbeiter wurden in Schubhaft gesteckt die restlichen auf freien Fuß angezeigt.

Interessant erscheint uns auch, das allen Unternehmern die SchwarzarbeiterInnen beschäftigten und durch Kontrollen erwischte wurden "Sozialminister" Hesoun 9.3 Mio Öschis als Strafe abverlangte, aber vielen Arbeitslosen 110 Mio Öschis strich, weil sie für sich einen laut Hesoun "zumutbaren" Job ablehnten.

»Zischende Molotowcocktails über nächtlichen Straßen, Wasserwerfer gegen den gezielten Einschlag von Asphaltbrocken, Schlagstöcke gegen den über Megaphone brüllenden Volkszorn. Immer wieder verlangen sie eine Entscheidung von der 'korrupten' Polizei: 'Jetzt hat es sich gezeigt, daß ihr Geld von der Yakuza nehmt. Wen wundert es da noch, daß ihr die Spielhöllen nicht ausnehmt und stattdessen uns schlägt.' [...] Im Kordon um die Wache im Stadtteil Kamagasaki (Osaka) stehen 2500 Bereitschaftspolizisten,

nur einen Pflastersteinwurf entfernt stehen 1500 Demonstranten hinter brennenden Barrikaden. [...] Als am Sonntag die Kämpfe abzuflauen scheinen, spricht man offiziell von 160 Verletzten, 127 davon Polizisten und sechzig Festnahmen. [...] Seit den blutigen Kämpfen um den Ausbau des Tokioter Flughafens Narita hat Japan solche Szenen nicht gesehen. Nun erteilen fünf Tage lang allabendlich die wütenden Tagelöhner von Kamagasaki in Osaka der Fernsehstation eine schockierende Lektion. Denn auch wenn das prosperie-

rende Japan sie ohne Mühe verleugnet und verdrängt, es gibt sie doch, die anderen Japaner: verarmt von Gangstern abhängig und ausgebeutet, von der Staatsmacht erniedrigt [...]. Zum Beispiel die 20 000 Tagelöhner im größten Getto Japans: eben Kamagasaki, ein erbärmliches Viertel, das sich angeblich 45 Sub-Gangs der größten Yakuza-Gruppe, Yamaguchigumi, unter sich aufteilen. Früher spezialisiert auf Hafenarbeiter, heute auf die alltäglich neu angeheuertten Bauarbeiter, die hohe 'Kommissionen' für ihre Vermittlung zu zahlen

haben. [...] Würden die Leute von Kamagasaki, so die neue Schreckensvision, eines Tages gemeinsame Sache machen mit Hunderttausenden koreanischen, chinesischen und anderen 'Gastarbeitern' hier, den Illegalen zumal, die sich wie die Tagelöhner im Würgegriff der Yakuza winden: sie hätten das Zeug dazu, dem reichen Haus Japan ein paar Teufel an die Wand zu malen.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung; 8. 10. 90; Der verzweifelte Aufstand der Tagelöhner von Kamagasaki)

Japan: Aufstand der TagelöhnerInnen

(WILDCAT 57; Okt./Nov. '91; gekürzt)

In mehreren großen Städten Japans gibt es solche Stadtteile, in denen TagelöhnerInnen wohnen, die sogenannten Yoseba, und sie haben eine jahrhundertlange Tradition. In Tokio liegt der Stadtteil Sanya. Die Entstehung der Yoseba geht auf die Hungersnot von 1780 zurück, als viele BäuerInnen nach Edo, dem heutigen Tokio kamen. Den hier lebenden Menschen, schon damals die unterste soziale und diskriminierte Schicht, die burakumin oder eta, waren nur gesellschaftlich geächtete Arbeiten erlaubt. Die obdachlosen Menschen wurden in den Yoseba zusammengepfercht und zu Arbeiten bei der Eindeichung und Landgewinnung gezwungen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde Ende der 50er Jahre das System der Yoseba reaktiviert, um auf die Bedürfnisse des schnellen Wachstums des japanischen Kapitalismus zu reagieren. Ihre Rolle war nun, billige Arbeit je nach täglichem Bedarf für den Bau, die Schiffsindustrie und die Produktion bereitzustellen. Speziell die Baufirmen hatten das Interesse, langandauernde Arbeitsverhältnisse (in Japan normalerweise ein Leben lang) durch Arbeiten von TagelöhnerInnen zu ersetzen.

Die ArbeiterInnen ziehen von einem Yoseba ins andere auf der Suche nach Arbeit. Angezogen von den Bauprojekten zur Olympiade 1964 in Tokyo waren viele ArbeiterInnen in Sanya, danach zogen viele nach Kamagasaki wegen der anstehenden Bauten zur Weltausstellung in Osaka 1970. Die Gesamtzahl der TagelöhnerInnen in allen Yosebas Japans beträgt etwa 100 000.

SANYA

In Sanya leben etwa 8 000 TagelöhnerInnen und es existiert ein informeller Arbeitsmarkt, an dem sich Arbeitsvermittler und Firmen tageweise ArbeiterInnen suchen.

Die ArbeiterInnen in Sanya (es sind dies praktisch nur Männer; benachbart liegt das

Prostitutionsviertel Yoshirwara, in dem vorwiegend Frauen arbeiten) repräsentieren die unterste Schicht der japanischen Gesellschaft. Sie haben keinerlei soziale oder familiäre Bindungen mehr außerhalb von Sanya, wohingegen normalerweise in Japan diese Bindungen zum Herkunftsort



als letzte "Versicherung" angesehen und gepflegt werden. Und dies in einer Gesellschaft, wo das System der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung nicht staatlich ist und schlecht. Sie stammen traditionellerweise zumeist aus Nordjapan, da Sanya nahe bei der Bahnlinie liegt, die aus dem Norden nach Tokyo kommt. Viele von ihnen haben früher in Kohlebergwerken oder der Schwerindustrie in der Provinz gearbeitet, die heute alle geschlossen sind. Mit der Arbeitslosigkeit und der darauffolgenden Entwurzelung und des Auseinandergehens der Familien kamen sie auf Arbeitssuche nach Sanya und bleiben dort oft ein halbes Leben lang. Unter ihnen befinden sich auch zahlreiche Nachkommen, von KoreanerInnen, die während der japanischen Besetzung (1910-1945) als ZwangsarbeiterInnen nach Japan verschleppt worden waren. Diesen werden auch heute noch normale "Bürgerrechte" verweigert, sie haben keine Staatsangehörigkeit, müssen sich Ausländerausweise besorgen, haben zB eine schlechtere Krankenversorgung und sind finanziell im allgemeinen schlechter ge-

stellt. Sie werden sowohl institutionell als auch gesellschaftlich diskriminiert. Viele der Menschen in Sanya leben als Obdachlose auf den Straßen, lediglich nach einer Zeit guten Verdienstes können sie sich in einer der zahlreichen "Pensionen" (doya) für eine gewisse Zeit ein Bett mieten. Im Winter

schlafen sie zu mehreren um ein etwas wärmendes Feuer herum. Die Mehrheit der ArbeiterInnen dürfte AlkoholikerInnen sein. An der Straße nach Sanya steht ein Schild: "Vorsicht! Viele Betrunkene unterwegs!" Sie arbeiten vor allem auf dem Bau und sind durchaus Fachkräfte auf den jeweiligen Gebieten. Die Bezahlung ist für österreichische Verhältnisse nicht schlecht (zum Teil weit über 700 Öschis am Tag), aber die Kosten für das Leben sind in Tokyo weitaus höher als

hier, und in der Regenzeit und im Winter gibt es kaum Arbeit, so daß diese Zeit jeweils überbrückt werden muß. Seit der Rezession durch die "Ölkrise" wurde die Arbeit knapper, die Löhne wurden gedrückt. Die jüngeren, für die es bis dahin attraktiv war, dort zu arbeiten, zogen weg. Zurück blieben die völlig Entwurzelten. Dadurch sind die ArbeiterInnen im allgemeinen über 40 Jahre, ihr Durchschnittsalter liegt etwa bei 50 Jahren. Es existiert in der japanischen Gesellschaft gegen die TagelöhnerInnen eine starke Diskriminierung. Da sie im allgemeinen äußerlich erkennbar sind, setzt sich zB im Zug niemand neben sie.

Seit einem Jahr gibt es in Sanya zahlreiche ImmigrantInnen aus Bangladesh, die Arbeit suchen. Zwischen ihnen und den japanischen ArbeiterInnen gibt es durchaus Schwierigkeiten wegen der neuen Konkurrenz bei der Arbeitssuche ("die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg"), aber andererseits auch viel von der allgemein vorhandenen Solidarität.

SOGYDAN

Die Sanya-Sogydan heißt übersetzt Sanya-Kampf- und Diskussionsgruppe. Sie ist eine Gruppe von Linken, die aus der 68er-Bewegung entstanden ist und seit 10 Jahren in Sanya gemeinsam mit den TagelöhnerInnen dort versucht, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie haben ein kleines Büro im Stadtteil, seit diesem Jahr auch noch ein Haus an der Einkaufsstraße von Sanya, in dem sich Rechtsberatung, medizinische Hilfe, Aufenthaltsräume und ein kleines Restaurant befinden. Aufgrund der Zerstrittenheit der japanischen Linken ist es formal in kirchlicher Trägerschaft, um es den ArbeiterInnen Sanyas langfristig zu erhalten (!; Anm dT). Dieses Haus ist gemeinsam von ihnen und den ArbeiterInnen erbaut worden, von denen alle das jeweils nötige Fachkönnen kostenlos zur Verfügung gestellt haben, weil sie das Haus als ihr Haus begreifen.

DIE KONKRETE ARBEIT
DER SOGIDAN

Jeden Morgen zur Zeit der Arbeitsvermittlung um 6 Uhr machen sie mit ihrem Lautsprecherwagen eine Kundgebung und gehen anschließend mit nicht vermittelten TagelöhnerInnen essen und diskutieren. Es existiert eine gemeinsam gegründete, kleine unabhängige TagelöhnerInnengewerkschaft. Zur Zeit der in Japan traditionellen Frühjahrslohnkämpfe führt diese gemeinsam mit den ArbeiterInnen sogenannte Kampfverhandlungen mit zahlreichen Jobvermittlern und kleinen Firmen. Bei diesen werden auch durch den Druck der zahlreich anwesenden ArbeiterInnen konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen ausgehandelt.

Die Sogydan ist selbst oft Angriffsziel der Faschisten/Yakuza: Ganztägige Entführungen von Menschen der Gruppe, Schüsse auf das Büro, die Verwüstung desselben und schließlich der Mord an Mitsuo Sato, weil er einen Film über die ArbeiterInnen und den Widerstand in Sanya gemacht hat (1).

Die Sogidan organisiert gut besuchte Stadtteilstefte, wie das traditionelle japanische Sommerfest. Zum Neujahrsfest wird ein mehrtägiges Programm geboten, um die Zeit ohne Arbeitsmöglichkeiten zu überbrücken. Im Gegensatz zur Stadtverwaltung, deren Neujahrsfest für die Sanya-ArbeiterInnen ganz abgelegen im Hafengebiet mit Eingangs- und Ausgangskontrolle eher an ein mehrtägiges Aus-dem-Verkehr-Ziehen erinnert. Im Winter werden nachts Patrouillen organisiert, die darauf achten sollen, daß die wärmenden Feuer auf den Straßen nicht von Faschisten gelöscht werden, so daß die ArbeiterInnen erfrieren würden. So fahren sie mit warmen Reis und heißem Tee durch die Straßen und wecken diejenigen, die kurz vor dem Erfrieren sind.

Zusätzlich gibt es Beratung und Unterstützung gegen SklavInnenhändler und zB

BELGIEN:

28 Verletzte bei einer Demo von
arbeitslosen BergarbeiterInnen

(Tb Brüssel)

Durch die anhaltende Rezession der belgischen Kohlenminen und dem damit verbundenen Verlust ihrer Arbeitsplätze sahen sich am Montag ca. 1200 arbeitslose Bergleute aus der Region Limbourg genötigt ihren Protest da Kund zu tun wo es angebracht ist, und zwar in Brüssel. Also diesmal keine "ChaotInnen", sondern Menschen die arbeiten wollen! (anm. tip. müssen !!). Was die Herrschenden nicht davon abgehalten hat ihre Büttel (sprich Riot Police) mit allerlei technischem Firlefanz (Wasserwerfern und so) und Tränengas ausgerüstet auf die Arbeitslosen zu hetzen. Doch sie

haben nicht nicht mit der speziellen Arbeitslosenauffassung der Bergleute gerechnet, diese verstehen nämlich bei sowas keinen Spaß sondern haben denn Bullen gezeigt, daß sie Steine nicht nur aus der Erde hohlen können, sondern auch ganz gut (vor allem gut plaziert) werfen können. Dabei sind 27 Polizisten und ein Journalist zu Schaden gekommen. Daß die Bullen sich und ihre Herren mit Stacheldraht Barrikaden schützen wollten hat ihnen auch nix genutzt.

Ganz viel Liebe und Kraft an die HackerInnen in Belgien !!!!!!! •

Psychiatrien. Es ist für sie selbstverständlich, genauso mit ImmigrantInnen wie mit japanischen TagelöhnerInnen zu arbeiten.

YAKUZA

Die Yakuza sind die japanische Art von Mafia oder sogenannter organisierter Kriminalität. Sie beherrschen ähnlich wie in anderen Ländern die Prostitution, den Frauenhandel, den (verhältnismäßig geringen) Jähem; was ist verhältnismäßig und was ist gering?; Anm dT) Drogenhandel, das Glücksspiel, die Arbeitsvermittlung (neuerdings auch mit ArbeiterInnen aus den anderen südostasiatischen Ländern) und sind in der Bauspekulation tätig. Organisiert in verschiedenen Clans oder Familien sind sie zum Teil eng verbunden mit nationalistischen Gruppen. Deutlich wird diese Verbindung schon im Namen wie "Nationale Liga" für das japanische Kaiserreich", wobei der Kaiser (Tenno) das Symbol für die Rechten als nationale Gottheit ist.

Die tehaishi (Arbeitsvermittler) sind fast alle yakuza. Im Endeffekt arbeiten die TagelöhnerInnen bei großen angesehenen Konzernen. Damit die sich aber nicht mit illegalen Arbeitsbedingungen und der Unterbezahlung die Hände schmutzig machen, sind zwischen ihnen und den tehaishi noch 2 oder 3 Subunternehmer zwischengeschaltet.

STADTVERWALTUNGUNDPOLIZEI

Die Stadt hat in Sanya ein Arbeitsamt eingerichtet, das aber im Prinzip nicht viel anders funktioniert als die private Vermittlung. Bestimmte Extremfälle werden allerdings dort ausgeschlossen. Die TagelöhnerInnen haben einen Tagelöhnerausweis, den sie von den Unternehmern abstempeln lassen. Nur bei genug nachgewiesener Beschäftigungszeit gibt es Schlechtwettergeld für die Zeit, in der keine Arbeit angeboten wird (für 7 Tage nach 28 Tagen Arbeit).

Im allgemeinen gibt es eine eher ver-

steckte Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt, Stadtverwaltung und Yakuza, weil sie den Behörden öffentlich unangenehm ist oder sie ahnungslos tun. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Yakuza ist offensichtlicher. Die Yakuza dürfen erstmal machen, was sie wollen, während ArbeiterInnen, die sich wehren, sehr schnell in den Knast kommen.

Die eingangs geschilderten Auseinandersetzungen in Kamagasaki/Osaka brachen zB aus, als bekannt wurde, daß ein Polizist des zuständigen Reviers von den Yakuza bezahlt wurde. Der Widerstand gegen die Polizei war für die ArbeiterInnen dort wie des öfteren in Sanya eine logische Konsequenz. •

Das TATblatt und die
ArbeiterInnenkämpfe...

Berichte aus der sogenannten Arbeitswelt, von der Unterdrückung die dort läuft, von den Kämpfen die dort ausgetragen werden, eine Auseinandersetzung mit gewerkschaftlicher Arbeit und mit anderer revolutionärer Arbeit in den Betrieben, mit ArbeiterInnenselbstverwaltung, mit Klassenkampf usw. usf., all das ist im TATblatt bislang immer nur sehr kurz gekommen. Nun soll das aber anders werden.

Wir wollen versuchen, autonome Organisation von Lohnabhängigen irgendwie voranzutreiben, wenn wir auch noch nicht wissen, wie das aussehen könnte. Wir hoffen, daß sich da gemeinsam mit all jenen von euch, die sich da nun angesprochen fühlen, irgendwas entwickeln könnte.

Vorerst wollen wir mit einem Aufruf beginnen. Schreibt uns, was ihr so an argen Sachen erfahrt, erlebt etc. Schreibt uns von Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz, von Arbeitskämpfen im großen und im kleinen, von persönlichen Erlebnissen, etc. Wir wollen das sammeln, verarbeiten, veröffentlichen. Außerdem wollen wir Berichte über Arbeitskämpfe, ArbeiterInnenselbstorganisation etc. aus anderen, hierzulande nicht so verbreiteten, Medien übernehmen. Zum wasdaraus-Lernen und damit ein Anfang gemacht wird, in diesem neuen kontinuierlichen Schwerpunktthema des TATblatts....

(1) "Sanya — Wenn du getreten wirst, schlag zurück"

Dieser Film handelt über das Leben und den Widerstand in Sanya. Er ist aber kein Dokumentarfilm nach deutschem Verständnis. Er wurde zusammen mit und für die ArbeiterInnen in Sanya und anderen Yosebas (Arbeitsmärkten) Japans gemacht und richtet sich demzufolge nach dortigen Maßstäben. In langen ruhigen Einstellungen werden die ArbeiterInnen, ihr Leben und ihr Widerstand beobachtet.

110 Minuten, deutsche Fassung. Ausleihbar auf VHS für ca. 35 Deutsche Mark bei autofocus; BRD 1000 Berlin 61; Oranienstraße 45.

Japan

25 Jahre Widerstand gegen Flughafenbau

Anfang der sechziger Jahre begannen die japanischen Behörden einen Flughafenneubau für Tokio zu planen. Ohne Konsultationen oder gar Verhandlungen wurde bei Tokio/Narita mit dem Bau begonnen. Die auf dem geplanten Flughafengelände lebenden Bauern und Bäuerinnen, unterstützt von linken Personen und Gruppen, leisteten Widerstand. Erst 1978, mit 4 Jahren Verspätung, konnte das Flughafengebäude und eine Startbahn eröffnet werden. Bis heute wird der Bau einer zweiten und dritten Startbahn verhindert. Am 21. November 1991 kam es zum ersten Mal zu Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und Anti-Flughafen-AktivistInnen um den 25 Jahre alten Streit beizulegen.

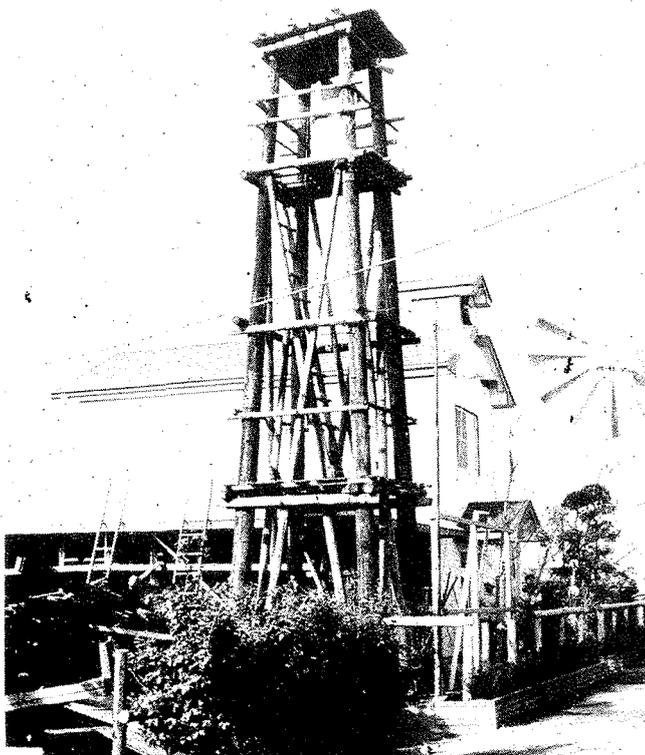
(TATblatt-Wien)

An die 6.000 Sondereinsatzpolizisten bewachten die Gemeindehalle von Narita, in der das erste Treffen stattfand. Währenddessen 300 BäuerInnen und UnterstützerInnen gegen den Flughafenbau vor der Halle demonstrierten. Nächstes Jahr planen die Behörden die zweite Rollbahn fertigzustellen. Jedoch 8 BäuerInnen, die etwa 21 Hektar Land besitzen, verweigern ihre Zustimmung zum Verkauf ihres Landes. Bei dem Treffen am 21. November nahmen etwa 500 Personen in der Gemeindehalle teil. Sie hörten wieder einmal die rituellen Entschuldigungen des für den Flughafenbau zuständigen Transportministers. Er entschuldigte sich für die Verfehlungen vergangener Jahre — mangelnde Information und Konsultation — und bekräftigte seinen Willen, den Konflikt friedlich und im Einvernehmen zu lösen. Ein Vertreter der BäuerInnen drückte seinen Wunsch nach einer friedlichen Regelung aus, die BäuerInnen müßten jedoch mit Respekt behandelt werden. Darüberhinaus verlangte er von der Regierung das ganze Projekt eines Flughafenbaus zu überprüfen. An diesem Treffen nahm nur eine von drei Fraktionen der BäuerInnen teil. Auch die TeilnehmerInnen von jener Fraktion bekräftigten ihren Willen, ihr Land nicht aufzugeben. Zwei BäuerInnen

willigten jedoch ein, eine Vermittlungsgruppe zu beauftragen, die eine Verhandlungslösung vermitteln soll. Nach dem nächsten Treffen am 3. Dezember soll diese Vermittlungsgruppe Lösungsvorschläge erarbeiten.

Die Regierung fällt die endgültige Entscheidung in Narita, einen Flughafen zu bauen, im Jahre 1966. Sehr bald solidarisierten sich StudentInnen und andere Engagierte in Tokio und anderen Städten mit dem Widerstand der BäuerInnen. Zusammen versuchten sie die Bauarbeiten zu blockieren. Diese begannen sehr schnell, da das meiste Land dem Staat oder der Kaiserfamilie gehörte. Durch das brutale Vorgehen der Polizei gegen Sitzblockaden und Baumankettungen radikalisierte sich der Widerstand schnell. In den darauffolgenden Jahren kam es immer wieder zu Kämpfen zwischen der Bereitschaftspolizei und den Anti-Flughafen-AktivistInnen. Bei den Auseinandersetzungen wurden etwa 3.000 Personen verhaftet, 700 davon vor Gericht gestellt; 3 Polizisten und 2 DemonstrantInnen starben und Tausende wurden verletzt.

Der Kampf gegen den Flughafen in Narita



"Solidaritätshütte" auf dem Flughafengelände; im Vordergrund Widerstandswachturm (Alt-Thalerländler grüßt Narita!), dahinter das Öko-Bauern/bäuerinnen-Haus und Windmühle

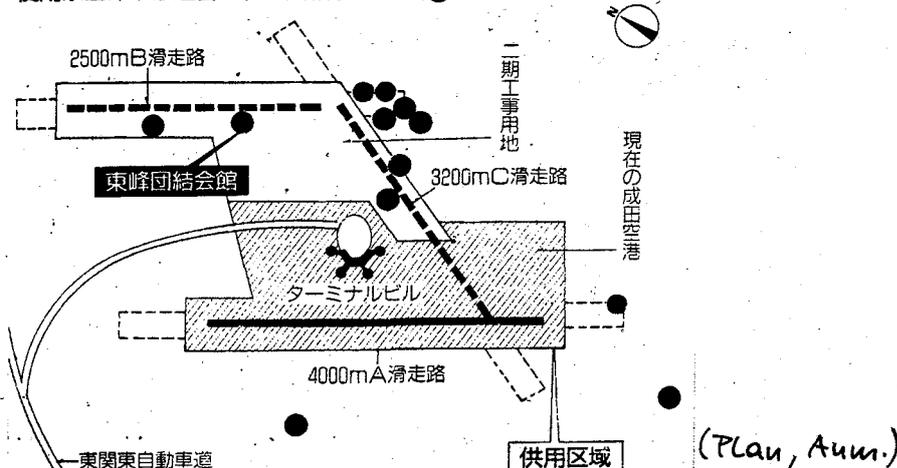
wurde zum Kristallisationspunkt der Linken in Japan. Viele radikale Linke zogen nach Narita und bauten sich "Solidaritätshütten". Mit Gewalt konnten die Behörden die Fertigstellung des Flughafengebäudes und einer Rollbahn im Jahr 1978 erreichen, jedoch mit vierjähriger Verspätung. Im Laufe der Jahre gaben viele der ursprünglich 325 auf dem Gelände

lebenden BäuerInnen den Kampf auf. Sei es, weil sie den täglichen Terror durch die Sondereinsatzpolizisten nicht mehr ertragen, oder sei es, weil sie den hohen Geldsummen nicht mehr widerstehen konnten, die bei Verkauf winkten. Praktisch über Nacht konnte bei Verkauf jeder Milliardär werden.

Etwa 1.500 Sondereinsatzpolizisten sind heute ständig in diesem Gebiet stationiert. Das gesamte Flughafengelände ist mit einem Zaun und Stacheldraht abgesichert. In regelmäßigen Abständen stehen Wachtürme der Polizei, bei Nacht wird das Gelände mit Scheinwerfern erhellt, um Anschläge zu verhindern. Die noch widerstehenden BäuerInnen und UnterstützerInnen werden bei Straßensperren schickaniert.

Die traditionelle Verwurzelung der BäuerInnen mit ihrem Land war und ist die Haupttriebkraft für den Widerstand. Bei Beginn war auch die Arroganz und Brutalität der Behörden ausschlaggebend für den langandauernden Widerstand. In den sechziger und siebziger Jahren wurde auch argumentiert, daß Fliegen ein Privileg für Wenige sei. Zur Zeit leben noch 8 BäuerInnen auf dem Gelände, das für die zweite und dritte Rollbahn vorgesehen ist. Auch einige "Solidaritätshütten" sind den Behörden noch im Wege. Jedoch können binnen kürzester Zeit hunderte UnterstützerInnen organisiert werden.

使用禁止命令が通告された団結小屋 (●印)



Faschisten-Aufmarsch am 2.11.91 in Linz

Eindrücke und Kritik

Der folgende Artikel soll unsere persönlichen Eindrücke vom 2.11.91 wiedergeben. Es ist klar, daß unsere Erfahrungen und Erlebnisse sehr subjektiv und unvollständig sind.

Wir möchten zu einer Diskussion über antifaschistische Gegenwehr und deren Organisation anregen. Aber wir würden uns auch freuen und es wichtig finden, wenn andere Leute auch ihre Eindrücke, Erlebnisse veröffentlichen. Also dann, los geht's:

Am Donnerstag den 31.10.91 abend wurde bekannt, daß am Samstag (2.11.91) in Linz eine Kundgebung von Faschisten stattfinden soll, zu der auch Faschos aus der BRD erwartet wurden. Es gab ziemlich konkrete Hinweise, daß die Faschos vorhatten, ein hauptsächlich von AusländerInnen bewohntes Viertel in Linz anzugreifen. In diesem Viertel befindet sich die Moschee und das Internationale Kulturzentrum (IKZ) sowie eine Reihe von türkischen/kurdischen Geschäften und Beisln. Also genügend potentielle Angriffsziele für Faschos.

(Einige Wiener Antifaschisten)

Durch Rücksprache mit Leuten aus Linz war klar, daß es sich nicht "bloß" um Gerüchte handelt, daß vielmehr ziemlich sicher mit Faschisten zu rechnen ist.

In Linz wurden seit Donnerstag Vorbereitungen zwischen hauptsächlich Türken (Türkinnen) und Kurden (Kurdinnen; die Klammer deswegen, weil Türkinnen und Kurdinnen beim Schutz des Viertels für uns nicht sichtbar beteiligt waren), sowie Leuten aus der links-alternativen/autonomen Szene getroffen. Dazu wurde versucht, möglichst viel Leute aus anderen Bundesländern zu mobilisieren.

Für uns in Wien hieß das, in 36 Stunden eine Mobilisierung auf die Beine zu stellen. Das hieß die Informationen weiterzugeben, Leute anzusprechen, Autos aufzustellen... (Dabei kam uns zugute, daß Samstag Vormittag in Wien eine Demonstration gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus stattgefunden hat.) Letzte Vorbereitungen wurden auf der Demo getroffen: Autos füllen, sich untereinander koordinieren...

Mit den VeranstalterInnen der Demo vom 2.11 gab es jedoch Koordinationsschwierigkeiten. Wir hatten unter der Hand die Zugzeiten für Menschen durchgegeben, die keinen Autoplatz hatten (gemeinsam statt einsam). Wir wollten nur, daß der Lautsprecherwagen die Zugzeiten durchgibt. Stattdessen kam über Lautsprecher, daß die Leute, die nach Linz fahren wollen, sich bei der U-Bahnstation sammeln sollen, direkt neben der Demo. Da war natürlich sofort ein Filmteam der Bullen zur Stelle. In Zukunft sollte sowas vermieden werden, denn Fotos sind schneller in Linz als wir. Ansonsten war die Mobilisierung auf der Demo gut und wichtig.

Letztendlich sind mehr Leute nach Linz gefahren als erwartet, auch aus anderen Landesteilen.

In Linz ist die Planung seitens der AntifaschistInnen ausschließlich auf den Schutz der türkisch-kurdischen Infrastruktur hinausgelaufen, was auch gut organisiert war. Vor allem die Mobilisierung unter Türken (Türkinnen) und Kurden (Kurdinnen) war sehr massiv. Insgesamt waren wir einige hundert AntifaschistInnen in dem Viertel, was eine ständige Präsenz auf der Straße zur Folge hatte. Doch während eben einige hundert Leute das gefährdete Stadtviertel schützten,

fand etwa 10 Gehminuten entfernt in der Linzer Innenstadt (Hauptplatz) eine Kundgebung von etwa 40 Faschisten statt.

Unser Problem damit: Das ganze Konzept in Linz war rein auf Defensive aufgebaut. Wir reagieren auf jeden Angriff, der direkt auf uns gerichtet wird. Und für diesen Fall war auch gut vorgesorgt.

Doch Antifaschismus darf (oder besser soll) nicht nur die Faschisten daran hindern, unsere oder "ausländische" Einrichtungen anzugreifen, sondern Antifaschismus heißt auch, jegliche faschistische Präsenz auf der



Straße zu verhindern. Konkret saßen wir zu hunderten in einem Viertel fest, während die Faschisten an einem Einkaufssamstag einige hundert Meter von uns entfernt unter Polizeischutz ihre Hetzreden verbreiten konnten. Und kräftemäßig wären wir in der Lage gewesen, sowohl den Schutz des Viertels zu gewährleisten, als auch die Kundgebung zu verhindern oder zumindest erheblich zu stören. Dieses Nicht-Eingreifen hinterläßt bei uns ein Gefühl von Schwäche.

Das heißt für uns, daß in jeder antifaschistischen Mobilisierung ein offensives Vorgehen gegen Faschisten eingeplant werden muß, sofern es unsere Kräfte zulassen. Es geht nicht an, daß wir einen Raum schützen und den Faschisten die restliche Stadt überlassen. De facto konnten sie sich in ganz Linz frei bewegen, teilweise in unmittelbarer Nähe zu AntifaschistInnen.

Weiters gab es für uns oft keine sichtbare Koordination unter den Beisln und Treffpunkten. Obwohl ziemlich viele Leute sich in dem Viertel bewegten, ist ziemlich viel bei Gerüchten stehengeblieben. So konnten die

Bullen in aller Ruhe das IKZ räumen und nach Waffen durchsuchen, und wir haben erst nachträglich davon erfahren, obwohl es nur zwei Minuten von uns entfernt war. Auch Angriffe jeder Form von Seiten der Bullen gegen AntifaschistInnen sollten in Zukunft verhindert werden.

Die Gerüchte kursierten schon früher. Als wir noch in Wien waren, hieß es aus Linz, daß dort bereits 300-400 Faschisten sind; später sollte sich herausstellen, daß insgesamt "nur" etwa hundert in Linz waren.

Vom Weg aus haben wir mehrmals bei der Koordinierungsstelle angerufen, um zu erfahren, wie die Situation in Linz ist, wie wir am besten reinfahren, wo Faschos sind, wo Bullen. Da haben wir dann echte Horrormeldungen bekommen: Nehmt bloß keine Waffen mit ins IKZ, die Bullen filzen jedeN...

Für uns klang das danach, als wäre das IKZ abgeriegelt und ohne Perlustrierung kommt da keineR rein. Konkret standen dann 6 Bullen auf der anderen Straßenseite. Wir finden es zwar gut, Leute vor allem von außerhalb zu warnen, durchzugeben was möglich ist, und was nicht, aber das war Panikmache, weit entfernt von der Realität. Informationen, die über Kontaktadressen/ Telefon laufen, sollten so genau sein, wie irgendwie möglich, um sich ein möglichst genaues Bild von der Lage machen zu können. Also nicht Gerüchte weitergeben, sondern nur überprüfte Infos.

Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß wir alles schlecht fanden (fanden wir nämlich gar nicht), unsere positiven Erfahrungen:

Für uns war es eine wichtige Erfahrung uns gemeinsam mit Türken (Türkinnen) / Kurden (Kurdinnen) zu organisieren, wenn es auch vorerst nur für einen Tag war. Es ist Realität, daß ein großer Teil der Linken hier nur wenige Kontakte zu ausländischen Gruppen/Organisationen hat, geschweige denn gemeinsame kontinuierliche politische Arbeit betreibt. In dieser Notsituation hat es aber gut funktioniert. Und wir finden es wichtig, mit den von Rassismus, faschistischen Straßenterror und offizieller AusländerInnenhetze Betroffenen zusammenzuarbeiten. Das hieß für uns in dieser Situation auch, ihre Bedürfnisse und Vorstellungen zu akzeptieren und sich an sie zu halten, umso mehr, da wir uns auf unbekanntem Boden bewegten. Vielleicht kann diese punktuelle Zusammenarbeit

ein Anfang für eine gemeinsame Auseinandersetzung sein. Es gibt ja auch genügend Unterschiede, so waren z.B. für uns fast keine türkischen/kurdischen Frauen sichtbar.

Von mangelnder Koordinierung abgesehen, blieb bei uns der Eindruck bestehen, daß in Linz in kurzer Zeit eine ganze Menge vorbereitet worden war, das Viertel wirklich gut geschützt war -- und es war ja für alle das erste Mal, daß eine solche Mobilisierung stattfand, in die eben auch Zusammenhänge aus anderen Städten eingeschlossen wurden.

Auch wenn es an diesem Tag zu keiner Auseinandersetzung mit Faschos kam, bleibt ein Bild wie es gehen könnte, bleibt das Gefühl, daß antifaschistische Mobilisierung über Stadt- und politische Grenzen hinweg in kurzer Zeit möglich ist. Und mit ein wenig Mut und Erfahrung könnte es beim nächsten Mal auch gelingen den Faschisten keinen Raum zu lassen, denn

**KEIN Fußbreit den Faschisten !
Liebe und Kraft an
alle GenossInnen in Linz !•**

Antifaschistische und Antirassistische Kurznach- richten der letzten Woche:

(verschiedene Zeitungen / gewöhnlich gut informierte Menschen)

Kärnten: An verschiedenen Schulen wurden wiederum faschistische Flugblätter verteilt. Der Förderkreis "Freiheit für Deutschland" übernimmt im Impressum die Verantwortung für den Inhalt. Das Impressum weist auch noch die selbe Postfachnummer wie die an verschiedenen Schulen in ganz Österreich verteilte faschistische SchülerInnenzeitung "GÄCK" auf.

Salzgitter/Brd: Etwa 50 faschistische Skinheads griffen eine Türkische Hochzeit an. Nachdem sie ihre ausländerInnenfeindliche Sprüche verbreiteten warf einer einen Molotw Cocktail auf die Hochzeitsgesellschaft und suchte das Weite. Es gab aber keine Verletzten. Das reichte den TürklInnen und sie verfolgten die flüchtenden Skinheads. Die TürklInnen konnte auch einige Skins stellen. Bei der folgenden Auseinandersetzung gab es auf beiden Seiten mehrere Verletzte. Die Polizei beendete die Auseinandersetzungen durch ihr Erscheinen nach rund 2 Stunden.

Bern/Schweiz (ein bißchen alt):

20.10.91: Schüsse aus einem Maschinengewehr auf das Erstaufnahmezentrum in Kőniz, das Anfang Oktober geöffnet wurde.

Bei diesem Mordversuch auf Asylsuchende wurde glücklicherweise niemand verletzt.

21.10.91: Tödlich endete eine Verfolgungsjagd für einen Asylwerber aus Angola, dessen Asylgesuch abgelehnt wurde. In der Herrengasse konnte der 28 jährige Mann den

Folgendenden Brief bekamen wir von der Initiativgruppe "Nein zum Faschismus" aus Brezgenz. (leicht gekürzt)

Am 29.11.1991 steht Vorarlbergs führender Neonazi WALTER OCHENSBERGER zum vierten mal vor dem Feldkircher Geschworenengericht.

In den Jahren 1979, 1983 und 1989 wurde er jedes mal freigesprochen. Und das obwohl er als Herausgeber der Zeitung Sieg eindeutig "Nationalsozialistische" Parolen äußert, die Zeitung drucken und verkaufen darf.

Unter anderem stehen in dieser Zeitung folgende Statements: "Deutsches Volk, wehr dich! Deutsche laßt euch nicht niederknütteln. Pfeift auf die antideutsche Gerichte mit ihren böartigen deutschfeindlichen Gesetzen. Ein ganzes Volk können sie nicht einsperren. Er muß weg! Der Asylparagraph muß weg! Keine Schwindelasyllantenschwemme in Gesamtdeutschland! (Sieg 9-90). Wobei für WALTER OCHENSBERGER ganz Deutschland auch Österreich und noch andere Teile von Europa bedeutet.

Wir sehen diese Propaganda mit großer Sorge und der Gedanke, was Faschismus und Volksverhetzung schon angerichtet haben, lassen uns nicht ruhig zusehen.

Deshalb haben wir eine Mahnwache organisiert, die in der Nacht vor dem Prozeß vor dem Landesgericht Feldkirch stattfindet.

Mahnwache:

Wo: Vor dem Feldkircher Landesgericht

Wann: 28.11.91

Beginn: 20 Uhr

OCHENSBERGER selbst ruft zu einer Demonstration vor dem Feldkircher Landesgericht am 29.11. 1991 auf.

Anmerkungen des TATblattes:

Das Problem bei Verfahren wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung ist das Mindestmaß von 5 Jahren Haft, und kein Geschworenengericht hat sich bis jetzt durchringen können diese Strafe zu verhängen. Hoffentlich ändert sich das am 29.11. !

"Unsere" Parlamentarischen Vertreter wollen nun laut Zeitungberichten das Mindestmaß herabsetzen von 5 auf 1 Jahr herabsetzen um Verurteilungen zu ermöglichen.

Der Prozeß selbst beginnt Freitag, 29.11.91 um 9 Uhr, Schillerstraße 1. In der letzten Ausgabe des "Sieg-Pressedienstes" wird zur sogenannten Willensdemonstration während des Prozesses der "Volkstreuen" übrigens mit folgenden Parolen aufgerufen: Der 29. November muß ein **Waffengang** für die Wahrheit werden! Dies ist **kein Tag für Feiglinge**. Wenn das Schicksal eines Volkes auf dem Spiele steht, dann ist die **Stunde seiner Treuesten und Tapfersten** gekommen.

Beamten der Stadtpolizei entwischen, die ihn rausschaffen wollten. Laut einem Augenzeugenbericht sprang der Angolaner auf der Flucht vor der Polizei in die Aare, wo er ertrunken ist. Ein Polizeicomunique leugnet diesen Tathergang; es behauptet, daß die Polizeibeamten den Flüchtenden erst gesehen haben, als dieser bereits hüfttief im eiskalten Aarewasser stand, darauf sei er ausgerutscht und ertrunken.

Brüssel/Belgien: Vor dem Fußballspiel Deutschland versus Belgien kam es in der Brüsseler Innenstadt zu Auseinandersetzungen zwischen rechten Fußballfans und der Polizei, nachdem deutsche Skinheads arabische Jugendliche mit Baseballschlägern angriffen und mehrere Lokale von MigratInnen entglasteten und plünderten.

West Berlin: Die TU wurde von Flüchtlingen besetzt. Sie wollen damit auf ihre Lage

in Deutschland hinweisen und fordern Asyl für alle. Mehr darüber im nächsten Tatblatt.

Spanien (17.Nov.): Zu einem Neonazi-Treffen zu Francos 16. Todestag reisten FaschistInnen und Rechtsextreme aus ganz Europa nach Madrid. Erstmals seit Francos Tod wurde den FaschistInnen von den Behörden gestattet, diese Versammlung am Plaza de Oriente, ihrer traditionellen Versammlungsstätte der abzuhalten. "Zu den befürchteten Ausschreitungen deutscher und österreichischer Skins kam es nicht", waren Ordnungsorgane und gleichermaßen österreichs Medien beruhigt. Daß diese Veranstaltung gerade jetzt besonderen Zuspruchs erfreute, hängt mit den bevorstehenden "500-Jahre Kolonialismus"-Feiern zusammen. Anlässlich des Jubiläums soll an die "glorreiche Zeit" Europas angeschlossen werden, d.h. 1992 werden aus Spanien noch mehr solcher Meldungen zu erwarten sein.

Die FPÖ am rechten Rand

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands hat wieder einmal die Aufgabe übernommen, die neuen VolksvertreterInnen der FPÖ zu präsentieren. Die folgende Aufstellung wird "Liste der gewählten FPÖ-KandidatInnen (in Wien) mit Kontakten zum Rechtsextremismus" genannt.

Elmar Dirnberger, FP-Bezirksmandatar, Mitglied der FP-Landesparteileitung: "Hat 1977 die Aktion Neue Rechte (ANR) bei den ÖH-Wahlen unterstützt." Dirnberger äußerte sich zu Heide Schmidt, die sich erlaubte den extrem rechten burgenländischen FP-Aktivisten Dürr zu kritisieren, wie folgt: "Ich würde mir wünschen, daß Frau Schmidt einmal mit der gleichen Konsequenz gegen den politischen Gegner zu Felde zieht, mit der sie verdiente Parteifreunde zu disqualifizieren versucht."

Helmut Kowarik, FP-Bezirksrats-Kandidat: "Bundesjugendwart des Österreichischen Turnerbundes ÖTB, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes, Vorstandsmitglied der Österreichischen Landsmannschaft".

Barbara Schöfnagel, FP-Bezirksrätin, Gemeinderatskandidatin: Hier weist das Dokumentationsarchiv auf ein Inserat "in der rechtsextremen Zeitschrift Der Völkerfreund" hin. Sie ist auch Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes.

Walter Sucher, FP-Bezirksrat, Mitglied der FP-Landesparteileitung ist gleichzeitig "Vorsitzenden des Ringes (Rates) der volkstreuere Verbände Österreichs". Natürlich gratuliert er dem NDP-Vorsitzenden Norbert Burge zu seinem Geburtstag.

Dietmar Sulzberger, FPÖ-Bezirksrat war ehemals "3. Landessprecher der NDP-Niederösterreich, ist Mitglied im Komitee zur Verbreitung der Gedichte von Gerd Honsik, ist Kassier und war oder ist Obmannstellvertreter der österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde.

Gerhard Zeisel, FPÖ-Gemeinderat war bis 1987 "ÖTB-Gauobmann von Wien, dann stellvertretende Gauobmann.

Die folgenden Erläuterungen und näheren sind dem Buch Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 (herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) entnommen. Die Angaben im Buch sind nicht mehr ganz aktuell, andererseits sprechen die Fakten dennoch für sich. Kursiv gesetzt sind Stichwörter und Namen, die in der Liste der FPÖ-KandidatInnen genannt wurden.

Die *österreichische Gesellschaft der Völkerfreunde*, deren Obmann Herbert Fritz Mitglied der verbotenen Kameradschaft Babenberg und der NDP ist, wird als "Kulturell-ideologische Kleingruppe mit starker Verbindung zum militanten, rechtsextremen Lager" bezeichnet. Alle wesentlichen Funktionen sind durch NDP-Mitglieder besetzt. Geld dürfte der Verein genug haben, sonst könnten Gerd Honsigs Bücher wohl nicht im Hilton präsentiert werden. *Gerd Honsig* ist einer der aktivsten militanten Rechtsextremisten: Schon 1961 war er an einem Bombenanschlag gegen die italienische Botschaft beteiligt. Unter dem Pseudonym Gerhon Ensik verfaßt er die NS-Zeit verherrlichende Lyrik. Unter diesem Pseudonym sitzt er auch im Redaktionsteam des Babenberger; spätere Halt. Ein Schwerpunkt seiner Aktivitäten dürfte in der *NDP (Nationaldemokratischen Partei)* liegen. Die NDP, bekannt vor allem durch ihren Bundessprecher Norbert Burger, ist die bedeutendste Organisation des militanten Rechtsextremismus in Österreich, mit Kontakten zu fast allen anderen bedeutenden rechtsextremen Organisationen im Ausland und in Österreich - so auch zum *ÖTB (Österreichischen Turnerbund)*. In der Vergangenheit wurde dieser Kontakt vor allem durch Sepp Holzinger gehalten, der zugleich NDP und ÖTB-Funktionär war. Der ÖTB unterhält ein dicht gespanntes Netz von Gauobmännern, Zweigstellen und Suborganisationen (z.B. den Wiener Akademischen Turnverein) in ganz Österreich. Der ÖTB ist mit 75.000 Mitgliedern (davon 30.000 Jugendliche) eine Massenorganisation des österreichischen Rechtsextremismus. Trotz seines Versuchs nach außen hin demokratisch aufzutreten, gelang der Volksstimme vor Gericht der Wahrheitsbeweis, daß die "Bundesturnzeitung" des ÖTB eine neofaschistische Schreibweise hat. In zahlreichen Stellen des

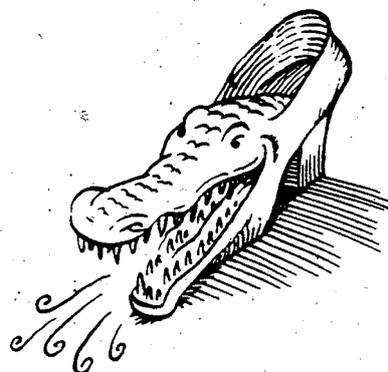
rechtskräftigen Urteils ist ausdrücklich von "nationalsozialistischer" Tendenz und Ideologie die Rede. Querverbindungen bestehen zum *Ring Volkstreuer Verbände*.

Zitat des obengenannten *Walter Sucher*: "Die vornehmste Aufgabe der im Ring der Volkstreuer Verbände zusammengeschlossenen Vereinigungen ist es, für das Volkstum einzutreten und damit insbesondere für die Erhaltung der geistigen und kulturellen Einheit unseres deutschen Volkes und für den Schutz seiner biologischen Substanz."

Über den ÖTB kommt die Recherche immer wieder zum *Allgemeinen deutschen Kulturverband* ("Bewahrung vor der Entdeutschung!") und somit auch zur *Österreichischen Landsmannschaft*, die als wichtige und einflußreiche ideologisch-kulturelle Dachorganisation des deutschnationalen und rechtsextremen Lagers gilt. Bleibt noch die *Aktion Neue Rechte (ANR)*, die mit ihrem Grundsatzprogramm ausgesprochener rassistischer und deutschnationaler Gesinnung, eine überaus aktive, militant rechtsextreme Organisation, die 1979 den Beschluß faßte den Verein aufzulösen und in den "informellen Untergrund zu gehen"

Bezahlte Anzeigen

**Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA
Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lango Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 512 19 67

Der neue Kriminalisierungsrundbrief ist da!

Er kann abonniert werden

4 Ausgaben/DM 20.-

Alle Bestellungen an:

1. Umschlag

Vrouwengroep OLW,
de Wittstraat 73

1052 Amsterdam, Holland;

2. Umschlag:

Kriminalisierungsrundbrief

NEUES AUS GÖTTINGEN !!

Am 2. November wurde ein Anschlag auf ein Burschenschaftshaus in Göttingen durchgeführt. Es wurde die Eingangstüre angezündet. Die TäterInnen, so vermutete ein Polizeisprecher, spritzten Benzin durch den Briefschlitz und entzündeten es dann. Die Burschen konnten aber das Feuer gemeinsam mit der herbeigerufenen Feuerwehr sehr rasch löschen, so entstand ein Sachschaden von nur 1000 DM. Verletzte oder Verhaftungen gab es keine.

Folgender Text wurde uns aus Göttingen geschickt. Er bezieht sich auf die Antifaschistischen Aktionen vom 25. und 26. Oktober. (siehe auch Tb -39 und 40). Noch eine kurze Erinnerung, der aus Österreich stammende Faschist Karl Polacek, Führer der FAP Niedersachsens, wurde nach einem (von vielen) Prozessen vom Niedersächsischen Innenminister nach Österreich ausgewiesen. Er hatte eine Antifaschistin mit einer Axt schwer verletzt. Die Ausweisung zieht sich noch immer dahin, da Polacek Berufung eingelegt hat.

(TATblatt/einige Zeitungen)

ERFOLG MIßT SICH AM ZIEL - ZU DEN ANTIFA-AKTIONEN AM 25. UND 26. OKTOBER 1991

Freitag, 25. Oktober 1991, Bursfelde bei Göttingen NPD-Treffen (*2) verhindert. Was in der Zeitung als ein Treffen einer rechten Burschenschaft verkauft wurde, war in Wirklichkeit ein NPD-Treffen. Z.B. war der bundesweit bekannte, langjährige NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler mit von der Partie.

Das Treffen wurde dadurch verhindert, daß ca. 50 Personen den Veranstaltungssaal aufsuchten und die Veranstaltung für beendet erklärten. Die sich überrascht und unwissend gebende Wirtin forderte die NPD-Leute daraufhin ebenfalls auf, ihr Lokal zu verlassen. Dieser Aufforderung hätte es aber kaum noch bedarft, weil die meisten Faschisten schon in Windeseile verschwunden waren, noch ehe die anwesenden Antifaschisten und Antifaschistinnen reagieren konnten.

Nur Fiedler, ein Parteikamerad und eine Parteikameradin blieben zurück. Sie hatten Angst vor uns Autonomen und riefen die Polizei.

Die Polizei tauchte dann nach einiger Zeit auf. Zunächst mit einem Streifenwagen bis schließlich nach und nach 18 Polizeifahrzeuge samt Hundeführer und ein paar Fahrzeugen göttinger Bereitschaftspolizei vor Ort waren. Diese Polizeiaufgebot reichte offensichtlich aus, um die Faschisten sicher Abziehen zu lassen. Allerdings stand das NPD-Fahrzeug und das Rad eines Polizeiautos zu diesem Zeitpunkt auf den Felgen.

Die Veranstaltung der NPD war beendet worden ehe sie begonnen hatte und wurde auch am folgenden Tag nicht weitergeführt.

Samstag, 26. Oktober 1991, Mackenrode bei Göttingen. Im FAP-Zentrum (*1) im Siedlungsweg 23, fand ein Schulungswochenende der FAP statt. Die Antifaschistische Aktion dagegen sollte deutlich machen, daß Polacek, Heise usw. ungestört weiter machen, daß der Medienrummel um die Prozesse bzw. die

Ausweisung Polaceks nur Propaganda der herrschenden Politik ist. Die schon nicht mehr als linde, geradezu als Belohnung anzusehenden "Urteile" gegen Z.B. Polacek und Heise belegen das deutlich. Auch eine eventuelle Ausweisung von Polacek würde nichts an der Situation ändern. Das Problem ist nicht Polacek, sondern das Schulungszentrum bzw. die neofaschistische Organisierung.

Da der imperialistische Staat kein wirkliches Interesse an der Zerschlagung des Neofaschismus hat, werden seine Aktivitäten auf dem Feld des Antifaschismus nie über politische Kosmetik hinausgehen. Es wird immer nur darum gehen daß entsprechende PolitikerInnen oder Regierungen antifaschistische Imagepflege betreiben.

Wir sind nicht von vorn herein von einer militanten Auseinandersetzung in der Form ausgegangen wie sie letztendlich stattgefunden hat. Wir wollten so nahe wie möglich an das Zentrum heran und die Faschisten dazu veranlassen aus ihrem Haus zu kommen, damit ihr Treiben öffentlich wird. Natürlich haben wir die militante Auseinandersetzung einkalkuliert.

Die Aktion lief für uns erfolgreich ab. Die Machenschaften der Nazis sind öffentlich geworden. Bei der Auseinandersetzung auf der Straße treiben wir die Faschisten in ihr Haus zurück, obwohl sie mit geradegeschmiedeten Sensen, Mollies und ähnlichen Dingen gegen uns vorzugehen versuchten.

Die Bevölkerung stand unserer Aktion sympatisierend gegenüber. Was sich an Äußerungen und an einem Punkt durch das Reichen von Steinen dokumentierte.

Die Nazis hatten 15 Verletzte zu beklagen, wir keine/n einzigen. Unser Rückzug verlief nicht in wilder Panik sondern gemeinsam und geordnet. Die Polizei hielt an ihrer Sperre bei Waake Fahrzeuge mit gezogener Pistole an.

Die Aktion gegen das Schulungstreffen der FAP war ein richtiger und wichtiger politischer Schritt. Denn Nazis militant auf der Straße entgegenzutreten ist Bestandteil unse-

rer Politik und ein wirkungsvolles antifaschistische Mittel, das besonders in dieser Zeit, der verstärkte neofaschistische Überfälle eingesetzt werden muß. "Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft" ist keine hohle Phrase.

Nach der Aktion haben auch mal wieder die bürgerlichen Parteien gezeigt, welche Geistes Kinder sie sind. Insbesondere SPD-FunktionärInnen haben mit ihren öffentlichen Äußerungen, daß sich die Autonomen in Mackenrode genauso verhalten haben wie die Nazis klar zu Ausdruck gebracht wie sie Autonome eigentlich einschätzen.

Für die militante Initiative - Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren - Nazis auf's Maul!

*Wir kommen wieder
Autonome Antifaschisten und
Antifaschistinnen*

Der Tipper hätte da noch zwei Fragen: Was war los nachdem die Polizei mit gezogenen Pistole eure Fahrzeuge anhält?

Gab es Verhaftungen oder Perlustierungen? und einige Erläuterungen:

*1 Die FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei) ist die größte militante neofaschistische Partei in Deutschland. Sie bekennt sich offen im Kern und Sinn zum Programm der NSDAP. Viele MitgliederInnen waren und sind an Überfällen, Anschlägen und Morden beteiligt.

*2 Die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) gibt sich als demokratisch vertritt aber eine auf den Grundlagen des Nationalsozialismus basierende Politik. Sie war das Vorbild der von Norbert Burgers NDP (Nationaldemokratische Partei) in Österreich die 1988 (?) in Österreich wegen Widerbetätigung verboten wurde.

*3 Thorsten Heise: Schriftführer der FAP Niedersachsens, war beteiligt an Überfällen auf AntifaschistInnen und das autonome Jugendzentrum Juzi in Göttingen. Wurde wegen versuchten Totschlag auf einen libanesischen Asylwerber auf Bewährung verurteilt. Half als führender Kopf mit einer militanten faschistischen Szene in der Ex-DDR aufzubauen.

Bezahlte Anzeige

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eure Ihren Sünden gestoßen, die sie rational nicht begangen hätte: Die Chlorbleiche. Nur wird mit viel Tanta chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" beworben.

Wir stellen ohne Tanta fest, daß in einem ökologisch bewerteten Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor ein großer Anteil an

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307129.

Rassistische Hetze, Mordvorwürfe und Brüllereien auf Wiener akademischem Boden.

Vor 15 bis 20 Jahren sind die letzten der allgewaltigen Wiener Naziprofessoren, Höfler, Kindermann, Seidler - z. T. wahre Chefideologen der Nazis, also Schreibtischmörder - abgetreten bzw. endlich gestorben, und schon genügt eine Wahl, daß das Auditorium Maximum wieder in ein Forum von rechter Hetze verwandelt wird. Die Freiheitliche Studenteninitiative lud Eva Klotz, Chefpropagatorin der Union für Südtirol, weiters den Bundesgeneralsekretär der (immer noch nicht aus der Liberalen Internationale ausgeschlossenen) FPÖ Maischberger, sowie zwei Mitdiskutanten: ÖVP-Khol und einen Tiroler Sozialdemokraten namens DDr. Niederwieser fürs Podium ein: bei der Vorstellung hob der FSI-Diskussionsleiter mit höhnischem Tonfall dessen doppelten Doktor und sozialdemokratische Parteizugehörigkeit hervor. Das war die Besetzung des Podiums, die sich zivil gab und sich von Parteirepräsentanten der zivilen Sphäre aufputzen ließ - im Auditorium sah 's stellenweise etwas direkter aus: eine geschickte Arbeitsteilung!

Mit Riesenplakaten und dem Schlagwort **EIN TIROL! WARUM NICHT?** war kurz vor der Veranstaltung die ganze Uniumgebung zugepickt worden, wahrscheinlich um den Linken und Autonomen, die denn auch kaum erschienen, keine Vorbereitungszeit zu lassen. Etwa zwei Dutzend Ordner mit Schlägerblick und weißen Binden waren sowohl an allen Zugängen zum Veranstaltungssaal, ja sogar beim Hintereingang, als auch an mehreren Orten im Audimax postiert; dazu kam eine detaillierte Überabphotographiererei des ganzen Publikums, wie schon bei der Haider-Veranstaltung. Vor dem Audimax wurde die rechtsradikale Schrift *Identität* angeboten.

Geschickt beachtete Klotz das Gesetz der Steigerung und begann mit eindringlicher fundamentaler Ruhe und überlangsam: "Ich freue mich ganz besonders, in dieser hochpolitischen Zeit, südtirolpolitischen Zeit zu Ihnen zu sprechen." Hier waren die ersten und auch einzigen kritischen Zwischenrufe zu vernehmen. Der Veranstalter, der in der Folge bloß einen einzelnen der vielen rechten und rechtsradikalen Störer maßregeln sollte, griff gleich ein: "Ich bitte, die Zwischenrufe einzustellen oder den Saal zu verlassen. Danke." Klotz: "Ein Tirol zurzeit deshalb nicht, weil es durch die Logik der Gewalt, der Macht, das Gesetz des Stärkeren verhindert wird." (Das etwas unintelligente Publikum äußerte einen verblüfften, spärlichen Applaus.) "... Ich möchte in erster Linie das baskische Volk nennen, das seit Jahrhunderten aufgeteilt ist. ... Ich möchte erinnern an das Schicksal des katalanischen Volkes ... des bretonischen Volkes und des irischen Volkes. Und daraus erkennen wir, daß es heute in Europa zweierlei Ordnungssysteme gibt. Das eine, das die Macht hat ... der ordnungsgemäße Gewaltfriede ... und das andere ist das Naturrecht und das Völkerrecht, das nirgendwo festzuschreiben ist und das von selber versteht, zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will. ... Der Polizeichef Parisi sagt: Der Tiroler Terrorismus erhebt wieder sein Haupt! ... In Südtirol herrscht heute noch Besatzermentalität. Das erkennen wir in jüngster Zeit ganz klar an der Ortsnamenfrage. Die Italiener im Land sind nicht bereit, die UNO-Richtlinien durchzusetzen, wonach die historische gewachsenen, in der ansässigen Bevölkerung verwurzelten Namen amtliche Gültigkeit haben sollen. Bis heute haben einzig und allein die willkürlich erfundenen Namen Gültigkeit. ...

Ich kämpfe für das Selbstbestimmungsrecht Südtirols, und zwar mit ausschließlich legalen Mitteln. ... Der Polizeichef Parisi soll uns einmal sagen, ob er mit Gladio und anderen Organisationen Kontakt hat, die so genau Bescheid wissen, was läuft. ... Ich bin wie gesagt *Optimist* (sic!), wir haben alle legalen Mittel in unserer Hand, wir haben die Bevölkerung auf unserer Seite und vor allem haben wir die historische Wahrheit auf unserer Seite. Danke."

Die folgenden Äußerungen Khol's sollten ihm noch einige wütende Attacken kosten: Er versuchte kläglich, das deutschnationale Denken durch den euronationalen allintegrativen Gedanken zu übertrumpfen, und dabei den Leuten zu suggerieren: Schaut 's, pudelst euch net so auf, da ist die eigentliche Macht, a härtere noch. "Für mich als Tiroler und als Südtiroler ist die Frage "Ein Tirol! Warum nicht?" zu negativ gestellt. Ein Tirol natürlich, und wir werden es realisieren in einem neuen freien und einigen Europa! Es wird sich abspielen zwischen den Spannungspolen Selbstbestimmung auf der einen Seite und Integration auf der anderen Seite, und Selbstbestimmung ist das Naturrecht eines jeden Volkes, und die *Südtiroler sind ein Volk!*" (Dabei haben allerdings einige ein Schnoferl gezogen!) "Wir müssen aber einen klugen Gebrauch von diesem Selbstbestimmungsrecht machen, uns dich stehe hinter den Beschlüssen der Landesversammlung der SVP aus dem Jahre 1969. Wir haben klar gesagt: Das Recht auf Selbstbestimmung ist für uns unverzichtbar, aber wir wollen es in Verhandlungen mit der italienischen Seite erreichen." Sodann versucht er, die Rechten durch biologistische Argumente, und zwar minuziöse Ergebnisse der *Volkszählung* zu beschwichtigen. "Bei der Volkszählung 1981 waren es 4% Südtiroler mehr, die sich zur deutschen Minderheit bekannt haben, das heißt *der Anteil der italienischsprachigen Südtiroler wird immer weniger*, langfristig wird es sich auf ein Verhältnis 80 : 20 einpendeln. Das heißt, wir Südtiroler werden nicht mehr Fremde im eigenen Land sein, und werden eine der besten Autonomien realisiert haben." (Die Leute hören mit einer eigenartigen Stumpfheit zu.) "... Und eines hab

ich gelernt in meinem Leben: wenn 's einer eilig hat, dann kriegt er nit das was er will! Wir müssen also weiter verhandeln. Zum anderen glaube ich, daß sich die Einheit Tirols in einem vereinten Europa stellt." Und indem er auch noch die Nordtiroler Autonomie dazublät, meint er: "Ich möchte auch, daß das Nordtirol soviele Finanzmittel kriegt, wie Südtirol. Der Landeshaushalt von Südtirol ist zweieinhalb mal so hoch wie der Nordtirols, das müssen wir in Nordtirol auch zusammenbringen. Die Grenze wird eine Demarkationslinie sein, nichts mehr."

Der sozialdemokratische Repräsentant aus Tirol schweift während seiner Ansprache dauernd gebildet in die weitere Vergangenheit, um psychologisch die restaurativen Gelüste seiner Kontrahenten zu befriedigen, am Anfang relativiert er die Dimension Tirols von 1918 mit anderen historischen Epochen, und meint, na welche Epoche sollen wir denn

Dokumentation einer Veranstaltung

als Maßstab für ein wiedererstehendes Tirol nehmen, vielleicht das Mittelalter? Dann kommen Lösungen: "Ich kann mir auch im Zusammenhang mit dem EWR eine sehr ausbaufähige Zusammenarbeit vorstellen. Da kann ich mir etwa eine Universitätsachse Wien-Bozen-Trient vorstellen. ... Da ist noch sehr viel zu tun. was man mit durchaus friedlichen Mitteln und in durchaus gutem Einvernehmen machen kann. ... Die Menschen in Südtirol müssen sagen: Was bringt mir der eine oder der andere Schritt? Bringt er mir mehr Lebensqualität? ... Derzeit müssen wir zu Kenntnis nehmen, daß die Machtverhältnisse in Europa, besonders was die Position Österreichs anlangt, nicht besser geworden sind. (Na Gott sei Dank, A.)

Maischberger: "Grüßgott, darf ich Sie alle recht herzlich begrüßen.. Ich glaube, daß wir jetzt in eine andere Richtung gehen müssen, die eigentlich zum Ende der Südtirolfrage, oder wie es scheint, der Tirolfrage werden kann. Ich bin mit dem Kollegen Khol nicht ganz einverstanden. ... Wie lange sollen sich denn die Verhandlungen in dieser Frage noch ziehen? Es ist meines Erachtens eine Ausflucht, wenn gesagt wird, daß dieses Europa die Tirolfrage von allein löst. Ein Europa der Regionen, wie wir es uns vorstellen, ist dort nur sehr schwer vorstellbar. Es wird nach wie vor zwei verschiedene Nationalstaaten geben, der eine Nationalstaat arbeitet mit einer anderen Rechtsgrundlage als der andere. Mir ist auch aus dem EG-Recht nicht bekannt, was es für Grundlagen für Zusammenarbeit mit solchen Regionen gibt. Es gibt drei Lösungen: 1. Verbleib bei Italien. 2. Rückkehr nach Österreich. 3. Von der Frau Dr.

(?) Klotz wird vertreten die Freistaatlösung, die aus meiner Sicht nur ein Zwischenschritt zur Wiedervereinigung ist. Ich bin der Meinung, daß man dem schnellen Paketabschluß nicht seine Zustimmung gibt."

In der 2. Diskussionsrunde führt Khol den Erfolg des deutschsprachigen Oberlandesgerichts in Bozen als einen wichtigen Fortschritt an, und präzisiert noch einmal seinen Einheitsbegriff, er setze sich zusammen aus: der Autonomie Südtirols, der "Auffettung" der Bundesstaatlichkeit Nordtirols, "daß auch die Tiroler im Bundesland Tirol Herr im eigenen Haus sind, der 3. Schritt ist dann die Zusammenarbeit, gemeinsame Institutionen, gemeinsame kulturelle Initiativen, dann ist es nur mehr wie zwischen zwei verschiedenen Verwaltungsbezirken in einem geeinten Europa." (Jubel! Der Säßzer = A.)... "Eines möchte ich hier ganz deutlich sagen zum Freistaat Tirol, denn ich bin ein leidenschaftlicher Österreicher... ich möchte als *Tiroler* ein *Österreicher* sein (zwei Plagen, die gesamte Red.), und da möchte ich keinen Freistaat haben!"

Maischberger: "Auch ich bin begeisterter Österreicher (jetzt reicht's! A.) und möchte das auch bleiben. Freistaat Südtirol war mein Wert, nicht Freistaat Tirol.... Aber Eva, du hast jetzt was zu sagen..."

Eva Klotz: "Die Verhandlungen dauern jetzt 21 Jahre. Jeder Anwalt wird Ihnen sagen, daß ein Vertrag, der so lange braucht, nicht so gut sein kann. ... Ich will Ihnen noch was über den Begriff Autonomie sagen. Ich halte das für einen reinen Etikettenschwindel. "Zitiert in der Folge ein Erkenntnis, bei dem es um Industrieförderung in der Region ging, und bei dem festgeschrieben wurde, daß in dieser Materie das nationale (=italienische) Interesse absolute Priorität genießt "(Das allein wäre ein Grund, das Paket nicht anzunehmen!" Und die Nationalistin zitiert den unerträgli-

chen Euronationalisten *De Michelis* (italienischer Außenminister, ein Rechtssozialist par excellence bes. in Einwandererfragen), der vor etwa 4 Wochen gesagt habe (das Zitat konnten wir leider in der Schnelligkeit nicht verifizieren): "Wenn die Streitbeilegung nach Paketabschluß erfolgt, dann wird Österreich, bezogen auf die Schutzmachstellung, für die Südtiroler die selbe Rolle einnehmen, wie Italien beispielsweise für die ausgewanderten Italiener in Argentinien." Klotz weiter, zu Khol gewendet: "Sie sollten mal ein Jahr in

Dokumentation der Verhältnisse

Südtirol leben. Dann werden Sie drauf kommen, daß das nicht eine der besten Autonomen Europas ist, sondern eine der größten Schwindel." Und weiters - sinngemäß - daß jemand kein Verständnis hat für unsere Sache, weil er nichts von ethnischen Problemen weiß, von Bespitzelung, von Gladio-Tätigkeit, das kann ich ja noch verstehen, aber ich bin da mitten drin."

(Damit meinte sie nicht, daß sie bei der Gladio wäre, aber mit dieser Bemerkung, und auch mit dem, was kommt, wird dem in dieser Materie absolut unterbelieferten österreichischen Publikum mitsuggestiert, der italienische Staat wäre *der böse Gladio-Staat* überhaupt, und es wird verschwiegen, daß auch Südtiroler Terroristengruppen durch die Gladio finanziert wurden, daß es auch in Österreich Gladio-Ausbildungslager gab, daß in ihrem gelobten Deutschland die Gladio ebenfalls Lager hatte, geheime Strukturen etc. und daß die Sache in erster Linie vom CIA und von der NATO gleichermaßen ausgeht. Ihre rechtsradikalen Brüder wurden in der BRD von der Gladio rekrutiert. Die Infamie auch des folgenden Beitragenden besteht darin, zu behaupten, Gladio sei eine *italienische* Sache. Und er zitiert einen General, der am Tage seiner festgesetzten Einvernahme umgebracht wurde. "Wir kennen den Staat Italien als einen Staat, der *in den 60er Jahren* gefoltert hat!" Und: "Ich möchte an den Herrn Dr. Khol die Frage richten, ob wir uns von der EG dasselbe zu erwarten haben, was sich die Slowenen und Kroaten von der EG zu erwarten haben?"

Khol ist daraufhin ziemlich aufgebracht. "Meine Familie ist enteignet worden, und ich verwehre mich dagegen, daß der italienischen Demokratie der Stand der Serben angedichtet wird." (Also des absoluten Untermenschentums, mit denen immerhin Teile der italienischen Politik, sowie die Griechen, von hinten

bis vom *europäische* Staaten, packeln.) Dann kommt's: "Die EG ist ein Bündnis, und keine Verteidigungsgemeinschaft, sondern sie ist eine *Unvollkommenheit*. (Auf dem Weg zum Krieg, A.)" Ich werde mich dafür einsetzen, daß das geeinte Europa sich *für* (interessanter Lapsus) Menschenrechtsverletzungen einsetzt."

Ein Opponent wirft Khol vor, er wolle mit so einem Instrumentarium wie WEU, NATO etc. Menschenrechte etwa in Jugoslawien einfordern.

Kh. verweist daraufhin auf den *Maastrichter Gipfel* am 10. Dezember, wo ein Europa der Regionen verankert würde. "Das heißt, die Entwicklung geht in diese Richtung." Verteidigt daraufhin die WEU, "die jetzt 3 Kriegsschiffe hinuntergeschickt hat." Und das Wort Kriegsschiffe kommt ihm ganz leicht über die Lippen. "Das ist ein Fortschritt. Früher wurden solche Dinge als interne Angelegenheiten betrachtet. Wer hat denn den Tschechen, wer hat den Ungarn geholfen?"

Ein Typ aus dem Auditorium: "Italien ist ein Land, in dem Abhörung von politischen Gegnern zum Alltag gehört." (Na mir kommen die Tränen.) "Wir haben die Wohnung von Eva Klotz untersucht und dort mehrere Abhörgeräte gefunden. Italien ist ein Land, in dem eine angemeldete Demonstration unterdrückt wird, mit der Begründung, eine Gegendemonstration sei angemeldet worden. Ich würde mich wundern, wenn der 1.Mai-Aufzug bei Rathaus in Wien abgesagt würde mit der Begründung, da gäb's Gegendemonstrationen. ... Der Bahnhof von Bozen hat 200

Solidarische Grüsse an die autonomen/ linksradikalen Zeitungen dieser schmoden Welt. Laßt uns die Kriminalisierung revolutionärer Inhalte gemeinsam zurückschlagen. Was wir zu uns loswerden wollen: -Wir verschicken Einzelabos an Zeitungen, Zentren, Infokladen und in den Knast. Gibts noch Adressen, die ein Abo wollen? -Razz ist umsonst. Wir brauchen Spenden. -Schickt uns Infos und Artikel aus euren Städten und Dörfern. Adresse: Katharina Stock Schautelderstr. 29 3000 Hannover (nicht Razz draufschreiben)

Angestellte. Da solche Angestellte aus Kalabrien kommen, sprechen sie deshalb nicht deutsch, das ist selbstverständlich. Aber Italien ist ein Land, das offen den Faschismus propagiert." Führt das bekannte Bozener faschistische Denkmal an. "Hierher haben wir den nordischen Barbaren Kultur gebracht, steht drauf, und die Hand weist weit in den Norden. *Die Frage ist doch nur, warum haben sie die Kultur nicht nach Kalabrien gebracht?* (Enormer Beifall im Auditorium Maximum der Wiener Universität bei dieser offenen und ungehemmten rassistischen Hetzrede!)

Der Sozialdemokrat verwehrt sich gegen diese Hetze: "Was haben die Menschen, die dort leben, mit Gladio etc. zu tun?" Khol: "Mir wird ganz einfach physisch schlecht. ... Das ist die Freiheitliche Studenteninitiative, die unsere Parteien als Altparteien (traditioneller Naziausdruck N.) bezeichnen, das sind Uraltgefühle; mit diesem Nationalismus gehen wir nicht ins neue Europa."

Ein alter Rechtsradikaler, der dauernd dazwischenschreit, wird vom freiheitlichen Diskussionsleiter nicht im geringsten gestoppt.

Eva Klotz (distanziert sich auch keineswegs von der vorangegangenen rassistischen Hetze, aber sagt dafür mit dramatisch leiser Stimme): "Warum setzt man nicht alle legalen Mittel dafür ein, daß nicht endlich eine Volksabstimmung in Südtirol abgehalten wird? Wer heute herkommt, und uns als Nationalisten beschimpft, der rechtfertigt das Gedankengut des Imperialismus! ... Bitte setzen Sie ihre Kraft für moderne Lösungen ein!"

Und jetzt kommt das erste Mal jemand Nicht-Faschistischer aus dem Publikum zu Wort. (Zu Maischberger gewendet:) "Hier in Wien ist sehr ausländerfeindlich vorgegangen worden!" (Daraufhin höhnische Zwischenrufe und zustimmender Applaus). "Wenn man in Südtirol die multikulturelle Gesellschaft will, warum erträgt man sie dann nicht in Kärnten oder in Wien?" Der Diskussionsleiter ruft das beinahe schon randalierende Publikum nicht zur Ruhe, und unterbricht den Redner sogar, der wesentlich kürzer als die anderen geredet hat.

Der zweite liberale Einspruch seitens eines Südtirolers: "Ich freu mich, daß ich auch als Südtiroler hier zu Worte komme, und es freut mich, daß sich meine österreichischen Freunde so gut auskennen." Und zitiert einen italienischen Freund von sich, der "besser deutsch kann, als so viele Österreicher." Der Veranstalter will auch diesen unterbrechen, wogegen sich sogar Maischberger ausspricht!

Maischberger jedoch: "Wir waren nicht ausländerfeindlich, sondern inländerfreundlich!" Und erwägt offen einen Anschluß: "Was die Schnapsidee von der multikulturellen Gesellschaft betrifft (großer Applaus!), die überall mißlingt, da möchte ich in bezug auf eine mögliche italienische Minderheit hier in Österreich sagen: daß ich mich dafür einsetzen werde, daß diese Minderheit ihre autonomen Rechte viel schneller erhält, als wir die entsprechenden in Italien." (Nach einigem verblüfften Zögern: Applaus.)

Ein vor Wut schreiender, ganz junger Faschist: "Herr Professor, Sie treten das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen, Sie sind ein Völkermörder!"

Der FSI-Diskussionsleiter: "Ich darf Dich zur Ordnung rufen!"

Scheint ein Spezi von ihm zu sein.

Khol: "Wenn's Sie beruhigt, ich bin beim CV, und kein Freimaurer!"

Eva Klotz (mit einem strahlenden, einmeindenden Lächeln in Richtung auf den linksliberalen Einwender:) "Lieber Landsmann, ich glaube, daß sehr viele Südtiroler wie du die Gewähr dafür sind, daß es in Südtirol eine starke Kraft gibt, die garantieren wird, daß den Italienern dort nicht das wiederfahren wird, was uns in Italien wiederfahren ist." Dann gibt sie an, das es auch viele Italiener gebe, die bei der Union für Südtirol mitarbeiten. Und beruft sich als Unterstützung - durchaus im Rahmen einer gezielten Strategie - gar auf ein Dokument der *Democrazia Proletaria*, in dem es unter anderem heiße: "Die Zukunft Europas hängt von der Fähigkeit ab, die Dimension der Völker zu erfassen." Klotz: "Wenn man wissen will, was das Volk will, dann muß man's endgültig, nach 72 Jahren, einmal fragen!"

Auf die Frage, welche Rechte den Italienern im künftigen Freistaat zugemessen wür-

den: "Auf jeden Fall eine volle Kulturautonomie. Wenn sie es wünschen, auch Proporzklause. Wir haben bereits ein gutes Beispiel geliefert. Die Ladiner, die sind bis heute nicht assimiliert worden, und das ist ein gutes Zeichen für uns Tiroler. ... Wir haben eine Verwaltung, die nach der alten österreichischen Verwaltung modelliert ist, und *Modena, Florenz, Venezien träumen heute von einer solchen Verwaltung!* (Zwei Anmerkungen hierzu: Die Ladinersache ist eine reine Verdrehung, ich kann's hier nur ganz kurz sagen: die Ladiner haben in Südtirol 40 Jahren nur eine äußerst lächerliche kulturelle und politische Autonomie genossen, wurden höchstens für die herrschende deutsche Politik funktionalisiert; wobei gesagt werden muß, daß sie im angrenzenden Trentino noch weniger Rechte

Dokumentation der Anfänge

haben! Das andere: Eva Klotz hat schon seit sieben und mehr Jahren intensive und enge Kontakte zur *Liga Veneta*, der Mutter der neuen rechtsradikalen und rassistischen Mittelstandsbewegungen - die von ihr angeführten Städte entsprechen den Hauptstädten der jeweils auf die *Liga Veneta* entstandenen neueren regionalen Rassistennigen. A.)

Niederwieser: "Ich bin wirklich erschrocken, wie ich beim Hereingehen die vielleicht gutgemeinten Ordner mit den Armbinden gesehen habe." Einer ruft dazwischen, der Diskussionsleiter läßt es geschehen. "Wir sollten heute gemeinsam den Nachweis erbringen, daß es solcher Einrichtungen nicht braucht."

Diskussionsleiter vergleicht als Antwort darauf eine Veranstaltung im Audimax mit einer Diskothek: "Wir haben uns rechtzeitig das zugelegt, was eine jede Diskothek Österreichs hat, nämlich Leute, die darauf schauen, daß die Veranstaltung ruhig abläuft."

Niederwieser: "Ich war schon bei Veranstaltungen, bei denen ähnlich viele Leute waren, und dort waren keine Ordner..."

Eva Klotz: "Die Politiker richten sich es immer so ein, daß sie es kamod haben. Aber der kleine Mann auf der Straße, der muß um seine Muttersprache kämpfen, der muß sein Leben lang kämpfen, daß er nicht den Zug versäumt, daß er sich bei Gericht in deutsch, seiner Muttersprache, verteidigen kann".

Als einziger Oppositioneller hatte während der ganze Sache ein Sozialist gemeldet, und auch als solcher bezeichnet; *kein einziger Repräsentant der Südtiroler Hochschülerschaft hat in deren Namen gegen die Hetzveranstaltung opponiert!*

ENDLICHE!
NACH 11 JAHREN WIEDER
EIN ORIGINAL.



SCHWARZER KALENDER '92

Herausgeber: Friends of Durruti Berlin
336 Seiten (fadengebunden!) mit vielen Fotos, Zeichnungen und Originalbeiträgen. Übersichtliches Kalendarium und erstmalig möglich was zur Erinnerung etc.
Vollautonomes Adressverzeichnis und und und.
Preis: 9,90 DM
Einzelbestellpreise: 10 DM (incl. Versand)
in Schein oder V-Scheck.
bei: AURORA
Koobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19



Brasilien

500 000 Frauen sterben jährlich
nach Abtreibungen

(TATblatt-Wien)

Vier Millionen Brasilianerinnen unterbrechen jedes Jahr ihre Schwangerschaft; illegal und unter extrem schlechten hygienischen Bedingungen. Rund eine halbe Million Frauen sterben jedes Jahr nach den Abtreibungen. Bereits mehr als 15 Gesetzesentwürfe zur Legalisierung sind im Parlament abgelehnt worden. Nach offiziellen Angaben haben sich 44 Prozent aller brasilianischen Frauen sterilisieren lassen. In manchen Betrieben werden Frauen erst dann eingestellt, wenn sie eine ärztliche Bestätigung über eine solche Opera-

RADIO- PIRATINNEN WIEN

Die PiratInnen senden nun die ganze Woche !! Zu den gewohnten Tagen Montag bis Freitag, der gewohnten Zeit und der gewohnten Frequenz gesellen sich nun der Samstag und der Sonntag hinzu. Neu dabei: Am Samstag wird erst ab 20:00 gesendet und am Sonntag gibts ab 14:00 ein buntes Liveprogramm mit open end. Natürlich alles auf 103.3. Mhz.

Am Donnerstag vergangener Woche stürmte ein Posttrupp um die Mittagszeit die TU am Getreidemarkt und beschlagnahmte den dort fix stationierten Sender (Radio TU) der PiratInnen. Der Verlust kümmerte die PiratenInnen recht wenig, tags darauf war Radio TU wieder auf Sendung.

Ergebnis des EWR-Volksbegehrens

Österreich gesamt:

127.043 Unterschriften
(=2,4 % der Wahlberechtigten)

Bundesländerergebnisse:

Wien: 33.707 (3,0%)
NO: 11.754 (1,1%)
OÖ: 20.655 (2,1%)
Stmk: 17.266 (2,0%)
Bgl.: 1013 (0,9%)
Kärnten: 3601 (0,9%)
Salzburg: 21.160 (6,3%)
Tirol: 11.402 (2,1%)
Varlb.: 6.458 (3,1%)

Mehr als 100.000 sind's - also muß es in den Nationalrat. Was die damit machen kann sich eh jedeR vorstellen. Ob's ein Erfolg ist überlassen wir Eurer Einschätzung.

Mieten werden teurer

Zu Jahresbeginn Erhöhung um 10 Prozent

(TATblatt-Wien)

Das neue Jahr wird für die meisten MieterInnen eine teure Überraschung bringen. Die Hauptmieten werden um 10 Prozent steigen. Nach dem Mietengesetz werden nämlich die Mieten jeweils dann dem Verbraucherpreisindex angeglichen, wenn dieser um mehr als 10 Prozent gestiegen ist; und zwar um denselben Prozentsatz. Im Juli 1988 war dies zum letzten Mal der Fall. Eigentlich hatte der Index schon im August jene 10 Prozent (seit Juli 88) überschritten. Aber wegen der Landtagswahlen gabs einen Aufschub bis Jänner 1992.

Alle Hauptmietzinse für die seit 1982 Verträge abgeschlossen wurden trifft die Erhöhung voll. Jene, die Friedenskronenzinse zahlen, trifft die Erhöhung nur dann, wenn Erhaltungsbeiträge eingehoben werden. In der Praxis werden wohl nur wenige der Mieterhöhung entkommen. Laut Gesetz sind die Hausverwaltungen verpflichtet, die MieterInnen von der Erhöhung zu verständigen. Die Verständigungen werden im Dezember ausgeschickt.

Kerzen als Licht und Heizung Frau starb bei Wohnungsbrand

Bei einem Wohnungsbrand in der Wexstraße 18 kam Donnerstag gegen 23.30 Uhr die 49jährige Elfriede Lang aus Wien-Brigittenau ums Leben. Lang hatte in ihrer kleinen Unterkunft Kerzen aufgestellt, da ihr Strom und Gas abgedreht worden waren. Eine der Kerzen dürfte umgefallen sein und eine Bettbank in Brand gesteckt haben. Die Frau und ihre Katze konnten von der Feuerwehr nur noch tot geborgen werden.

Kurier, 16.11.91

Niederspritzen von Gefangenen

Das Garstner Bärenloch

Am 22. 10. 1991 beging ein Häftling der Strafvollzugsanstalt Garsten in der Absonderungshaft einen Selbstmordversuch — aus Verzweiflung.
(Insassen der Strafvollzugsanstalt Garsten [Oberösterreich]; entnommen aus dem akin)

Er zündete den Haftraum an und versuchte dabei, sich selbst zu verbrennen. Hilfeschreie tönten von Mitgefangenen über den Gefängnishof. Trotzdem vergeht fast eine halbe Stunde bis Beamte die Feuersbrunst bemerken (oder auch bemerken wollen). Der Häftling C. wird jetzt in das sogenannte "Bärenloch" gezerrt, ein in Garsten berüchtigtes, unterirdisches "Verlies". Jenes mittelalterliche Kerkerloch dürfte laut Gesetz gar nicht mehr verwendet werden. C. wird die Stiege hinabgetreten, wieder sind Schreie zu vernehmen.

Einige Zeit später ist er völlig ruhig. Wahrscheinlich wurde er niedergespritzt.

C. ist medikamentenabhängig (gemacht

worden). Er bekam keine Tabletten mehr, daher flippte er aus! Er bedrohte keine Mithäftlinge.

Sicher laufend mit schwersten Psychopharmaka niedergespritzt wird ein anderer Gefangener, F. Er ist völlig harmlos und kein Gewalttäter. Er kann jetzt fast nicht mehr sprechen. F. weint und schreit, möchte Selbstmord begehen. Der Speichel läuft ihm aus dem Mund. F. schwebt möglicherweise in Lebensgefahr.

Wie immer wird man versuchen, hier alles zu vertuschen, damit die Außenwelt von diesen Verbrechen nichts erfährt. So wurde jetzt auch noch der hiesige Anstaltsarzt entlassen. Er war der Gefängnisleitung nämlich zu human gegenüber den Strafgefangenen.

Vorsicht bei CA-StudentInnenkonten

Wie viele andere Banken, versucht auch die CA bei Semesterbeginn Studierende dazu zu bewegen bei ihr ein StudentInnenkonto zu eröffnen, und verlangt nun anscheinend Kontrolle über die Studienverläufe zu erlangen.

(HTUinfo)

Welche stolze BesitzerIn eines Studentenkontos von der CA die Aufforderung erhält, von der Hochschülerschaft eine Bestätigung über ihren/seinen Studienerfolg einzuholen und in der Bank vorzulegen, braucht laut Auskunft der HTU nicht in Panik zu verfallen. Die HTU und die Studienabteilung der TU Wien bestätigen diese Schreiben aus Datenschutzgründen nicht.

Wenn dies andere Hauptausschüsse tun, so handeln sie nicht gesetzeskonform, da die Hochschülerschaft nicht autorisiert sei Studienverläufe zu bestätigen. Weiters empfiehlt die HTU mit dem jeweiligen Filialleiter zu sprechen, und nötigenfalls die Filiale oder die Bank zu wechseln.

Managua in Flammen

Ein Bombenanschlag auf das Mausoleum des Gründers der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), Carlos Fonseca, löste am Wochenende schwere Unruhen in Managua aus.

(apia, 11.11.91)

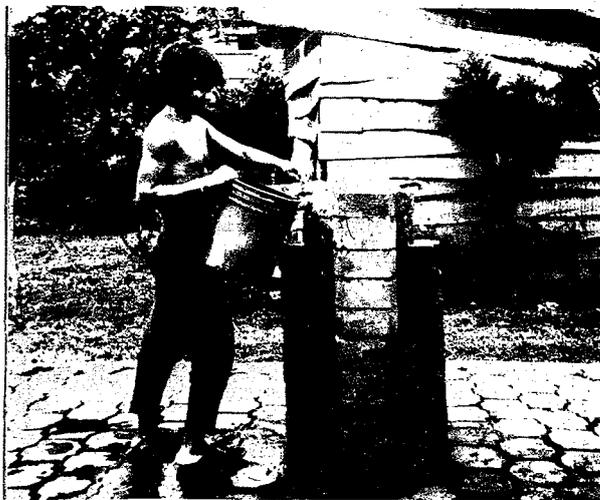
Der Anschlag in den frühen Morgenstunden des Samstag (vermutlich der 2. November; Anm; Korrr-Leser) zerstörte einen Teil der Gruft im alten Zentrum von Managua. Laut einer Polizeiquelle hätte der C-15 Sprengstoff schon am Abend detonieren sollen, als Ex-Präsident Daniel Ortega und weitere sandinistische Comandantes am Grabmal des 15. Todestages ihres einst von Somozas Nationalgarde erschossenen Mitstreiters gedachten. Als Reaktion auf die Grabschändung drangen maskierte SandinistInnen in die Büroräume des Bürgermeisters ein und legten Feuer. Der ultrarechte Stadtvater wird als geistiger Urheber von Attentaten gegen Symbole des Sandinismus betrachtet, da er systematisch Denkmäler der Revolutionszeit entfernen läßt. Auch der Sender Radio Corporation, ein Sprachrohr der extremen Rechten, wurde von bewaffneten SandinistInnen überfallen und kurz und klein geschossen.

Während an mehreren Verkehrsknotenpunkten Managuas die Straßen noch mit brennenden Reifen abgesperrt waren, trommelte Daniel Ortega am späten Nachmittag eine Versammlung auf dem Revolutionsplatz zusammen, unmittelbar neben dem Fonseca-Grabmal. Unter der Parole "Kampf dem Somozismus" rief er seine Basis zur Wachsamkeit gegen das Wiederaufleben des Rechtsextremismus auf, "der sich Nicaragua wieder Untertan machen will".

Bürgermeister Aleman, Vizepräsident Virgilio Dodooy und Parlamentspräsident Alfredo Cesar beschuldigte er, die Versöhnungspolitik der Regierung zu sabotieren und revanchistischen Attentaten das Wort zu reden. Nachdem der ehemalige Staatschef diesen Politikern mit der Rache des Volkes drohte: "Sie wollen unsere Köpfe rollen lassen und merken nicht, daß sie die ersten sein werden, deren Köpfe rollen", ließ Innenminister Hurtado das Sicherheitsaufgebot für die Betroffenen verstärken. Daniel Ortega, der vor kurzem freiwillig auf seine parlamentarische Immunität verzichtete, um sich vor Gericht wegen Aufwiegelung und Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung zu verantworten, rief die rund 20.000 Anwesenden schließlich auf, auf weitere Racheakte zu verzichten. Viele von ihnen waren mit Waffen gekommen und augenscheinlich bereit, diese auch zu gebrauchen.

Für den Generalsekretär der FSLN ist die Mobilisierung um die sandinistischen Symbole eine willkommene Gelegenheit, das nach

Wahlschlappe und Bereicherungsskandalen angeschlagene Image der Partei wieder aufzumöbeln. Eine angesichts der Fruchtlosigkeit ziviler Protestformen frustrierte Basis ver-



Neue Wohnviertel in Nicaragua

langt nach einem Anführer, der auch zu gewalttätigen Exzessen aufgebrachter AktivistInnen steht: Ortega, der jede Woche mit Präsidentsminister Antonio Lacayo verhandelt, um friedliche Lösungen der vielen Konflikte zu suchen, kann es sich politisch nicht leisten, den Mahatma Gandhi zu spielen.

499 Jahre Unterdrückung in Lateinamerika (Teil 2)

1992 soll das Jahr der 500-Jahr-Feiern zur "Entdeckung Amerikas" werden. Nachdem der erste Teil (TATblatt -41) vom lateinamerikanischen Widerstand gegen das Fest der Lügen handelte, soll der zweite Teil zeigen, daß es sich auch bei uns in Europa zu regen beginnt; vor allem in Spanien und Italien, die durch ihre koloniale Vergangenheit (und Gegenwart) mehr mit dem Thema zu tun haben; aber auch in Deutschland, wo die koloniale Vergangenheit eher verdrängt wird und noch dazu 1992 der Weltwirtschaftsgipfel stattfinden soll.

(TATblatt Wien, Flugblatt 500 Jahre Kolonialismus)

SPANIEN Demaskieren wir das große Schauspiel '92

In Spanien haben sich 60 Organisationen, Komitees und Gruppen aus verschiedenen Bereichen zusammengefunden und ein Manifest verabschiedet, das als Grundlage für ein Kampagnenbündnis '92 gelten soll. Hier einige Ausschnitte aus der Erklärung zum Zustandekommen des Manifestes: "Das offizielle Spektakel (EXPO 1992 in Sevilla, Olympiade in Barcelona und div. andere Feierlichkeiten / Anm. der Redaktion) ist von solcher Dimension und für das Modell, das uns aufgezwängt werden soll, so erhellend, daß es uns als ge-

eigneter Anlaß erscheint dagegen die Kräfte zu bündeln. ... Folgende vier Aspekte erscheinen uns für einen emanzipatorischen Diskurs zentral: einmal die Behandlung des SÜD-NORD-Widerspruchs, dann der Widerspruch des bestehenden Entwicklungsmodells zur Natur, dann das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen und schließlich zwischen Kapital und Arbeit... Bis heute hat es bereits eine Vielzahl von Initiativen gegen die verschiedenen Aspekte des mit dem Jahr '92 in Zusammenhang stehenden offiziellen Spektakels gegeben. So bestehen seit mehr als anderthalb Jahren verschiedene Komitees gegen die "Quinto Centenario"-Feierlichkeiten: In Barcelona diskutieren oppositionelle Gruppen die Strukturveränderungen in der Stadt im Zusammen-

hang mit den Olympischen Spielen (so z.B. die Initiative Barcelona '92). In Madrid gibt es Initiativen, die gegen das Projekt der Kulturhauptstadt auftreten, zum großen Teil zusammengesetzt aus den Sektoren der radikalen und alternativen Kulturschaffenden. Es gab auch Widerstandsaktionen von Umweltgruppen gegen den Hochgeschwindigkeitszug, ... Die bestehenden Initiativen standen (aber) in keinem Zusammenhang untereinander, was zur Folge hatte, daß die öffentliche Durchschlagskraft eher gering war, die Attraktionskraft eher unzureichend und eine gegenseitige Befruchtung in der Erarbeitung von Materialien und bei den theoretischen Überlegungen schwierig bis unmöglich war. ...besser wäre gewesen diese Einzelaktionen unter dem Dach einer gemeinsamen Kampa-

gne zu organisieren. Außerdem glauben wir, daß diese Kampagne erlaubt, mit internationalen Gruppen im Hinblick auf dieses Datum zusammenzuarbeiten. Ziel ist über eine gemeinsame Plattform und ein aufeinander abgestimmtes Aktionsprogramm eine größtmögliche internationale Beteiligung zu erreichen."

Konkret wurden bereits einige Veranstaltungen geplant:

2. Januar 92 - Granada

Gegenveranstaltung zur offiziellen Feier anlässlich der Kapitulation Grenadas gegenüber der Katholischen Königen.

18.-24. April 1992 - Sevilla

Parallel zur Eröffnung der Weltausstellung (20. April) ist an folgende Aktivitäten gedacht:

- ★ Internationalistisches Zeltlager vom 18.-26. April
- ★ Am 19. April, dem Sonntag vor der Eröffnung der EXPO, soll auf dem Guadalquivir eine "Gegenlandung" inszeniert werden. Vorgesehen ist die Teilnahme von

politischen, sozialen, und Indianerorganisationen aus Amerika.

- ★ Die Internationale Lelio-Basso-Stiftung und das Permanente Tribunal für die Rechte der Völker werden vom 20. bis zum 24. April ein Tribunal über die "Eroberung Amerikas und Internationales Recht" veranstalten.

DEUTSCHLAND

Auch in Deutschland haben erste Treffen zur Koordinierung verschiedener Gruppen stattgefunden. Erste Ergebnisse: Ein offenes Clearing-House soll ab sofort die zahlreichen Aktivitäten zum Thema 1992 aus der 3. Welt-Bewegung, Umweltverbänden und Gewerkschaften koordinieren. In diesem Clearing-Gremium sollen ausdrücklich alle Strömungen vertreten sein, die ihre Aktivitäten zu 500 Jahre Kolonialismus, UNCED-Konferenz in Brasilien, Weltwirtschaftsgipfel in München und EG-Binnenmarkt in einer gemeinsamen politischen Kampagne bündeln wollen.

Parallel zum Weltwirtschaftsgipfel wird es einen Gegengipfel der ärmsten Nationen geben, ebenso eine Großdemonstration in München. Eine Freiburger Aktionswoche und eine

Bremer Kampagnenwoche fanden bereits statt. Peru-Gruppen werden anlässlich 500 Jahre Conquista Lateinamerika zum Drogenthema arbeiten. Eine Ausstellung einer Reutlinger/Bonner Arbeitsgruppe ist bis Juni 1992 schon ausgebucht. Ein Hamburger Frauenprojekt plant in Zusammenarbeit mit Frauen aus der "Dritten Welt" Diskussions- und Kulturveranstaltungen, Workshops, Ausstellungen, eine Frauenfilmreihe, ...

ITALIEN

Auch in Italien hat bereits ein Koordinations- und Planungstreffen stattgefunden (Mitte Oktober) -- wir werden berichten, wenn Ergebnisse bekannt werden, die Einladung zum Treffen in Genua betitelt sich: Treffen zum Kampf gegen die 500Jahr Feier der "Entdeckung Amerikas" und wirft kurz die Problematik auf: sinkendem Lebensstandard in Genua und ganz Italien, und wachsende Ausländerfeindlichkeit, vor allem gegenüber EmigrantInnen stehen die 500-Jahr-Feiern mit Ihren versteckten Modernisierungstendenzen und der Ignoranz gegenüber den Auswirkungen der Kolonialzeit und der Weltwirtschaftsordnung heutzutage gegenüber.

Termine

WIEN

29.11.:

- ★ Wie immer Treffpunkt um 16.00 am Rathausplatz zur lustigen Radldemo!!

29.11.:

- ★ 21.00, Fest der PolitikwissenschaftlerInnen mit NAR MALIK (TATblattfest bewährt) im TU-Zeichensaal der ArchitektInnen am Karlsplatz

2.12.:

- ★ Podiumsdiskussion der Pressure Group Freies Radio für freie Radios als Alternative zur Medienkonzentration. Eingeladen sind unter anderem Mariana Grandits (GAL), Grabiell Liedermann und Sepp Brugger (Autoren des Entwurfs), Elfriede Jelinek etc.
Ort: Saal der Gewerkschaft für Kunst, Medien und freie Berufe, 1090 Maria-Theresienstraße 11
Zeit: 19.00
Kommt zahlreich!!!!

- ★ Abgesehen davon: Täglich PiratInnenradio auf der Frequenz 103,3; jeden Wochentag ab 18.00, Samstag ab 20.00, Sonntag ab 14.00-
FREE YOUR EARS!!!

3.12.:

- ★ Vorbereitungstreffen für die Obdachlosenaktion am 24.12. Ab jetzt jeden Dienstag in der Chuzpe. 1090, Marktgasse 21, immer ab 19.00
Kommt zahlreich und bringt guten Willen und Ideen mit!!!

4.12.:

- ★ Veranstaltung des DÖW (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes) zum Thema "Der Historiker und seine Richter". (Grund ist der Rechtsstreit zwischen dem Autor Karl Schafranek und einem Alt-KPD-ler, der selbst im KZ war und dem von Schafranek vorgeworfen wurde, bei Tötung von Häftlingen beteiligt gewesen

zu sein-nun schlägt er gerichtlich zurück).

Ort: Informatik-Hörsaal der TU, Treitlstr. 3, 1040, ab 19.00

5./6.12.:

- ★ Volkshochschule Favoriten, Arthaberplatz 18, 1100 :
5.12. Innergesellschaftliche Konflikte ab 9.30
6.12. Internationale Konflikte ab 9.00; Freier Eintritt!

INNSBRUCK

- ★ Haus am Haven, Innrain 157
30.11, 21.30:
Stan Red Fox (D)
01.12.: 21.00:
Naked Lunch (A), Speed Niggs (D)

★ KAPU

29.11.: Coffin Break (USA), Tom's Lesson (Linz)

FELDKIRCH:

28.11.91 / 29.11.91

- ★ Mahnwach ab 28.11./20 Uhr (siehe Artikel)

Keine Atempause - das TATblatt wird gemacht - es geht voran!**Zwischenstand der TATblatt Spendenaktion:****57.670.- öS**

Wie ihr sicher aus den letzten TATblättern wißt, benötigen wir bis zum Jahresende rund 100.000.- um überlebensnotwendige Investitionen durchzuführen. Eure Spendenfreudigkeit in den letzten Tagen finden wir total leiwand und wir möchten uns hier nochmals ganz, ganz herzlich, sehr, viel, lieb, und überhaupt bedanken.

Der momentane Zwischenstand hat uns dazu ermutigt, mit den Arbeiten zu beginnen. Innerhalb der nächsten Wochen hoffen wir, daß endlich Warm- und Kaltwasser im Büro fließt, und die Dunkelkammer und Reprokamera in Betrieb genommen werden. So arg es jetzt klingen mag, die 57670.- sind noch nicht genug, es fehlt uns noch ein Batzen Kohle.

All jene die noch Geld übrig haben, die es vor Weihnachten so richtig verschleudern wollen - kein Problem - das TATblatt bietet viele Möglichkeiten.

**Also weiter kräftig spenden und denkt daran:
Solidarität ist eine Waffe(!) !!!**

Falls kein Erlagschein in diesem TATblatt zu finden ist: Einfach zur Post gehen und auf die Kontonummer P.S.K. 7547.212 überweisen, EmpfängerIn: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, 1060 Wien

Das TATblatt sucht HandverkäuferInnen!**Ihr bekommt 5.- pro verkauftem Exemplar**

Abzuholen sind sie jeden Dienstag ab 18 Uhr, bzw. jeden Donnerstag ab 19 Uhr (Plenumstermin) in unserem Büro, ansonsten einfach vorher anrufen und probieren ob von uns jemand da ist.

TATblatt, Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien, Tel.: 56 80 78

betrifft: TATblatt**Keine Atempause?**

Jetzt ist es Samstag später Nachmittag und eigentlich sollten wir aller Ruhe mit dem Layout beginnen können. Doch wie immer - weit gefehlt.

Es gibt noch eine Unmenge zu tippen, Korrekturlesen erst in den nächsten Stunden, und wenn's gut geht spät in der Nacht oder frühmorgens mit dem Layout beginnen.

das TATblatt wird gemacht?

Wir sind zur Zeit einfach zu wenig Menschen, um ein leiwandenes TATblatt zu produzieren. Wir fordern jetzt einfach mal all jene, die ein Interesse am regelmäßigen Erscheinen des TATblatts haben, auf, sich zu überlegen wie sie mithelfen könnten. Arbeit gibt es genug, Freude über neue Gesichter und Power ebenso.

Rührt euch einfach bei uns brieflich, telefonisch, persönlich, ... damit wir uns gemeinsam was überlegen können.

So wie es zur Zeit aussieht, wächst uns die Arbeit einfach über den Kopf und irgendwas muß in der nächsten Zeit einfach geschehen, um das TATblatt in der bisherigen Form und Erscheinungsweise am Leben zu erhalten (pers. Meinung d. Schreibers). (oder besser zu werden; pers. Meinung d. Korrektors)

es geht voran?

Das wie gesagt liegt nicht nur an uns. Für das kollektive Produkt TATblatt, gegen das isolierte Ausbrennen Einzelner!

Liebe + Kraft(?)
einer vom Kollektiv

P.S. Plenumstermin ist jeden Donnerstag ab 19 Uhr, also schaut's doch einfach mal vorbei

Endlich: TATblatt jetzt im ganzen Land bekannt!

Naja, schön wäre es ja, aber leider ist es noch lange nicht so weit. Doch das könnte sich durch eure Mitarbeit gehörig verändern, denn etliche Möglichkeiten dies zu bewerkstelligen wären vorhanden.

- ★ ihr könntet in eurem Bekanntenkreis Interesse für das TATblatt wecken und Menschen dazu bringen das TATblatt regelmäßig zulesen/abonnieren
- ★ jetzt wo Weihnachten vor der Tür steht, könntet ihr eure FreundInnen mit einem TATblatt-Abo beglücken
- ★ bei uns im Büro befinden sich Berge von TATblatt Plakaten, die nur darauf warten, der Öffentlichkeit präsentiert zu werden.
- ★ Eben solche Mengen gibt es von Postkarten mit denen Menschen ein Gratis-TATblatt bestellen können. Diese warten nur darauf abgeholt und verteilt zu werden
- ★ ...

**Mithelfen, damit die Nachrichten aus dem Widerstand
auch wirklich an die Öffentlichkeit gelangen!**

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen. Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Kontakt: Infoladen Linz; 4020 Linz; Pfarrgasse 34/16

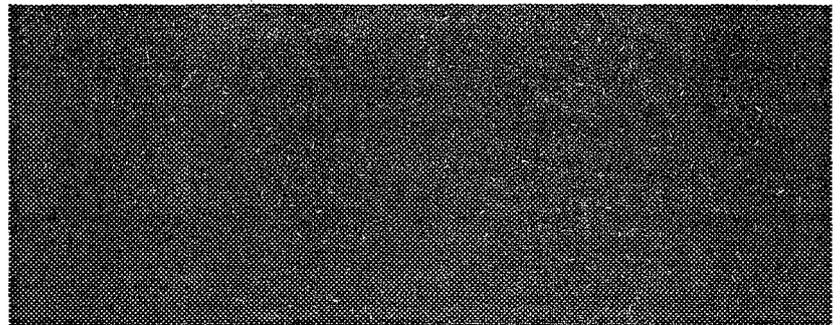
TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abgebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abgebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

...im Abo:



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adresspfeil unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: NEUNEUNEUNE(0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck



...und im Einzelnen:

WIEN 1: •BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) •BH Kolisch (Rathausstraße 18) •BH Südwind (Kleeblattgasse 4) •BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) •Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerortpassage — beim U4-Abgang) •BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** •BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** •Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) •BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** •BH/Platten VKA (Stieggasse 20) •Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) •Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** •Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) •Bio Makrokosmos (Strozsigasse 38) **WIEN 9:** •BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) •BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) •Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** •BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) •MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** •Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** •Beisl Cl: Payergasse 14) •Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** •Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) •Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) •Bücherstube (Prokopgasse 16) **LINZ:** •Alternativladen (Zollamtsstraße 20) •BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** •Am Haven (Innrain 157) •BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) **SCHWERTBERG:** •Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** •„Dritte Welt Laden“